



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 84, Dezember 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Auszüge aus dem offiziellen 692. Kontaktbericht vom 29. Oktober 2017

Billy ... Wir haben zwar schon einmal in bezug auf den in der Schweiz praktizierten «Service public» gesprochen, doch wurde davon nichts in unseren Gesprächsberichten festgehalten, folglich ich heute mit dir darüber reden will. Um klar darzulegen, worum es sich dabei handelt, habe ich aus dem Internetz folgendes herauskopiert:

Service public (Schweiz)

Mit Service public – franz.; deutsch, übersetzt: öffentlicher Dienst, hier eher: öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Infrastruktur – bezeichnet man in der Schweiz die Gesamtheit aller Dienstleistungen, welche der Bund, die Kantone und die Gemeinden der Allgemeinheit gegenüber zu erbringen haben – mit anderen Worten: Die Angebote der öffentlichen Hand. Die Aufgabe des Service public besteht darin, die Grundversorgung der Bevölkerung mit standardmässiger Infrastruktur sicherzustellen. Das deutsche Verwaltungsrecht verwendet dafür auch den Begriff «Daseinsvorsorge».

Der Bundesrat definiert den Begriff wie folgt:

«Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastruktur-Dienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.»
– Bundesrat: Bericht des Bundesrates «Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)»

Aufgabenteilung

Beim Service public kommt es zu einer typisch schweizerischen Aufgabenteilung. Auf Bundesebene umfasst er die allgemeine Bundesverwaltung, Post, Telekommunikation, elektronische Medien (Fernsehen und Radio), den öffentlichen Verkehr und teilweise den Strassenbau. Kantone und Gemeinden dagegen sind zum Beispiel für das Gesundheitswesen, die Bildung, Abfallentsorgung, teilweise den Strassenbau und andere als Grundversorgung definierte Aufgaben zuständig (Wasser, Elektrizität etc.).

Grundversorgung und Privatisierung

Dies bedeutet allerdings nicht, dass die gesamte politisch definierte Grundversorgung an Gütern und Dienstleistungen durch staatliche Unternehmen erbracht werden muss. Zudem wurde in den letzten fünfzehn Jahren ein Teil der ehemaligen öffentlichen Unternehmen teilweise oder ganz privatisiert.



Typische Beispiele dafür sind die ehemaligen Rüstungsbetriebe (jetzt RUAG), die Schweizerischen Bundesbahnen SBB, etliche Spitäler, die Krankenkasse ÖKK, die Swisscom (ehemals Teil der staatlichen PTT) und zahlreiche Verkehrsbetriebe (so z. B. die Verkehrsbetriebe Luzern).

Heute werden viele Aufgaben des Service public öffentlich und international ausgeschrieben. Die bisherige Betreibergesellschaft konkurrenziert dann gegen neue Anbieter. Typisches Beispiel sind regionale oder lokale Buslinien.

Diskussion über den Service public

Der Service public ist ein kontrovers geführtes Dauerthema der schweizerischen Politik. Während viele neoliberal gesinnte Politiker der öffentlichen Hand möglichst wenig überlassen wollen und der Auffassung sind, private Unternehmen könnten die Dienstleistungen auch bzw. besser erbringen, und mehr Wettbewerb verlangen, sehen die Gewerkschaften und die Linksparteien dies ganz anders.

Derzeit (2006) wird vor allem über die gänzliche Privatisierung der Swisscom, an der der Staat die Mehrheit hält, und über eine Privatisierung der Schweizerischen Post (derzeit zu 100 Prozent im Besitz des Bundes) gestritten. 2008 wurde ein Breitband-Internetzugang in den Schweizer Grundversorgungskatalog aufgenommen. Die garantierte Basisversorgung liegt inzwischen bei mindestens 2000 Kilobit pro Sekunde (kBit/s) beim Herunterladen und 200 kBit/s beim Hochladen; eine Erhöhung auf 3000/300 ist für 2018 geplant.

Quelle: Wikipedia

Dazu ist nun meiner Ansicht nach zu sagen, dass dieser «Service public» der Bevölkerung keinerlei Vorteile, sondern effektiv nur brüllende Nachteile in vielfältiger Weise bringt, während all jenen, welche diesen betreiben, horrende finanzielle Profite auf ihre Konten geschwemmt werden. Und dies ist darum so, weil alle jene, welche diesen «Service public» betreiben – seien es die Post, die SBB, Swisscom, die Krankenhäuser und Banken oder andere Unternehmen –, immer mehr ihrer Filialen schliessen, die Bahnhöfe und Bushaltestationen abbauen, die Verkehrsmöglichkeiten einschränken und damit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit nehmen, auf kurzen Wegen ihre täglichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten zu erledigen, sei es bei der Post, bei Banken, Kaufläden, der SBB und anderen Bahnbetrieben oder sonstigen Unternehmen. Die alten Leute, die sich mit Rollatoren oder mit Gehstöcken und anderen Gehhilfen fortbewegen müssen, sind gezwungen, immer weitere Wege zurückzulegen, um zum Arzt, zum Einkaufsladen oder sonstwo hinzugelangen. Das trifft auch auf Krankenhäuser zu, von denen viele vielerorts geschlossen wurden, folgedem für kranke Patienten nur noch weit entfernte Krankenhäuser genutzt und auch für Krankenbesuche diese nur noch auf weiten Wegen erreicht werden können. Und dies geschieht so allüberall, während immer mehr Menschen die Welt bevölkern – pro Jahr über 100 Millionen – und folgedem auch immer mehr Filialen von Post, Banken, Swisscom, Kaufläden und allerlei Unternehmen sowie auch mehr Krankenhäuser notwendig werden. Doch das kümmert die «Service public»-Betreibenden nicht, denn ihr «Service Public» (franz.; deutsch übersetzt: öffentlicher Dienst), hier eher öffentliche «Dienstleistungen» und öffentliche Infrastruktur zu nennen, wird in der Schweiz als Gesamtheit aller Dienstleistungen bezeichnet, welche der Bund, die Kantone und die Gemeinden der Allgemeinheit gegenüber zu erbringen haben, wobei aber meiner Ansicht nach grundsätzlich gesagt werden muss, «zu erbringen hätten», denn die angesagte «Gesamtheit aller Dienstleistungen» wird in keiner Weise erbracht, sondern gegenteilig immer mehr eingeschränkt. Folgedem ist zu sagen, dass gesamthaft effektiv kein Service resp. keine Dienstleistungen mehr für die Bevölkerung geleistet, sondern immer mehr abgebaut und das Volk immer mehr zu Leibeigenen jener gemacht wird, welche den «Service public» erbringen müssten. In Wahrheit ist es so, dass die Bevölkerung den Service und also die Gesamtheit aller Dienstleistungen und Grundversorgung selbst erbringen muss; eben gegenteilig zu dem, was grossspurig von staatlicher Seite mit dem «Service public» versprochen wird. Und da das so ist, kann nur noch von einem «Public Service» gesprochen werden, eben davon, dass die Bevölkerung selbst die Gesamtheit aller Dienstleistungen und die Grundversorgung erbringen muss, und zwar in äusserst erschwelter Weise, weil durch den gesamten Abbau aller notwendigen Postfilialen, Krankenhäuser, Kaufläden, Bahnhöfe, Bahn- und Buslinien, Bankfilialen und die Firmen- und Konzernschliessungen usw. keine Möglichkeiten mehr bestehen, alles in nützlicher Zeit und in einem angemessenen Umkreis vom Wohnort aus erledigen zu können. Dieses ganze «Service public»-Treiben ist effektiv also nicht darauf ausgerichtet, die Gesamtheit aller Dienstleistungen und die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, denn die gesamte Einschränkung und der immer krasser werdende Abbau der notwendigen Filialen usw. in jeder Hinsicht, die von der Bevölkerung für ihre Bedürfnisse und Notwendigkeiten nicht mehr genutzt werden können,

erschweren gesamthaft ihr Leben und ihre Lebensqualität usw. Und warum das so gedeichselt wird, dafür liegt der Grund nicht darin, dass der Bevölkerung etwas erleichtert und eine bessere Grundversorgung gewährleistet werden soll, sondern eben darin, dass sie einerseits verleibeignet und andererseits von den geldgierigen oberen und obersten Bonzen und Bossen auf eine infame Weise finanziell ausgebeutet werden kann, die sich auf Kosten des Volkes endlos bereichern. Das Ganze wird dabei lügnerisch und tatsachenverdrehend mit dem Begriff «Rationalisierung» deklariert, der in wörtlicher Umschreibung mit «vernünftiger machen, zweckmässig gestalten und straffen» erklärt wird, wobei im Bereich der Wirtschaft und Verwaltung und im Bereich der Arbeitnehmerschaft die Arbeitsabläufe zur Steigerung der Leistung und Senkung des Aufwands durch Technisierung, Automatisierung und Arbeitsteilung usw. alles wirtschaftlicher und effizienter gestaltet, umorganisiert, umstrukturiert, vereinfacht und vereinheitlicht werden soll. Durch die Rationalisierung wird eine Kostensenkung herbeigeführt – natürlich nur für die Firmen und Konzerne und die Staatsbetriebe usw., die die Rationalisierung durchführen –, wodurch deren Profit ansteigt und hochschnellt und immense Gewinne erzielt werden, während die Drahtzieher in den oberen Etagen ihre Fäden ziehen und dann selbst unverdiente Entlohnungen einheimen, während die Arbeiterschaft mit Niedrigentlohnungen abgespiesen wird. Im Fall des «Service public» bedeutet dies, dass die Bevölkerung die Gesamtheit aller Dienstleistungen und ihre Grundversorgung in Form eines «Public Service» effektiv selbst erbringen muss, während die oben und zuoberst angesiedelten Bonzen, Bosse und die Staatsverwaltung usw. usf. die grosse «Kohle» kassieren und ansammeln, während die Bevölkerung in bezug auf die Gesamtheit aller Dienstleistungen und ihrer Grundversorgung alles selbst mühevoll und schwer erledigen und tun muss. Dies eben wie Leibeigene all jener, welche den angeblich die Bevölkerung «entlastenden» und «nutzbringenden» «Service public» erdachten, der wahrheitlich ein «Public Service» ist, durch den die Bevölkerung infolge des Abbaus aller notwendigen Postfilialen, Buslinien, Busstationen, Bahnhöfe, Einkaufsläden und Krankenhäuser usw. gezwungen wird, sehr lange Wege zu gehen, um ihre Bedürfnisse erledigen zu können, weil sie durch den «Service public» dazu gezwungen werden und alles sehr mühsam selbst zu handhaben, zu tun und zu erledigen haben, wodurch die Firmen und Konzerne, der Staat und die obere Elite horrend profitieren. Und dies, während die Preise im gesamten Lebensmittel- und sonstigen lebensnotwendigen Güter- und Warenhandel usw. für alles unverschämt und massiv erhöht werden, während die Löhne und Renten unverändert niedrig bleiben oder noch niedriger angesetzt werden, wodurch besonders finanziell minderbemittelte Personen – speziell alte Leute ohne eigenes gespartes oder mit einem bereits verbrauchten Scherflein – sich kaum mehr das Lebensnotwendigste leisten können und am Hungertuch nagen.

Ptaah Wie du alles beschreibst, hat das Ganze ja effektiv nichts mit einer Erleichterung für die Bevölkerung zu tun, sondern gegenteilig bringt es nur jenen Nutzen, und zwar finanziellen, welche – wie ich sagen will – in den oberen Etagen die Fäden ziehen und die ihnen nutzbringende Rationalisierung durchführen, während die Bevölkerung in vielfacher Weise zu Schaden kommt.

Billy Das ist genau das, was ich meine.

Läppische Rechnung

27.11.2017, 11:17 von admin 27.11.2017; Von Ulrich Schliuer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»



«Saldo» berechnet die «Flüchtlings-Kosten»

Während der Bund eine Vollkostenrechnung für das Asylwesen weiterhin verweigert, behauptet die Zeitschrift «Saldo», jeder Einwohner der Schweiz hätte für «Flüchtlinge» monatlich bloss Fr. 18.– zu bezahlen. Die immensen Kosten für die Gemeinde-Sozialhilfe, für die Grenzsicherung, für Justiz und Polizei, für den Strafvollzug, aber auch für Gesundheit und Bildung von (echten und unechten) Asylanten lässt der «Saldo»-Bericht freilich un-

berücksichtigt. Werden seriöse deutsche Berechnungen auf die Schweiz übertragen, dann bezahlt eine vierköpfige Familie jährlich im Durchschnitt rund Fr. 25 000.– an Beherbergung und Betreuung echter und unechter Flüchtlinge in der Schweiz.

**Die Zeitschrift «Saldo» – dem Konsumentenschutz verpflichtet – tröstet die Öffentlichkeit:
Die Aufwendungen für Flüchtlinge belasten jeden Einwohner der Schweiz «nur» um achtzehn
Franken monatlich.**

Diese Rechnung präsentierte «Saldo» am 8. November 2017. Es resultiert daraus – Säuglinge, Jugendliche, Rentner, Ausländer usw. mitberücksichtigt – eine Jahresbelastung von immerhin Fr. 216.– pro Kopf der Bevölkerung. Eine vierköpfige Familie würde – so die «Saldo»-Rechnung – also jährlich mit Fr. 864.– belastet. Schon diese Zahl ist kein Pappenstiel.

Allein beim Departement Sommaruga anfallende Kosten

Aber die «Saldo»-Rechnung ist geradezu dramatisch unvollständig – sie wird angesichts ihrer Unvollständigkeit schlicht lächerlich. Sie berücksichtigt nämlich allein die beim Departement Sommaruga anfallenden Kosten. Also die Kosten für die immense Asylbürokratie zu Bern, die Kosten für die Aufnahmezentren und die Kosten für den auf maximal zehn Jahre begrenzten «Erstaufenthalt» von Asylbewerbern.

Die «Saldo»-Rechnung liefert mit ihrer mickrigen Zahl vor allem Anschauungsunterricht, wie skrupellos die im Departement Sommaruga sitzenden Hauptverantwortlichen der Masseneinwanderung die daraus anfallenden Kosten auf andere Departemente, auf die Kantone und insbesondere auf die Gemeinden überwälzen.

Tausendfacher Asylrechtsmissbrauch

Bevor wir uns den tatsächlichen Kosten des Asylwesens zuwenden, ist Grundsätzliches festzuhalten: «Saldo» spricht von «Flüchtlingen». Die, die in Massen einwandern, sind zum kleinsten Teil Flüchtlinge. Die meisten sind Einwanderer, die das Asylrecht als Vorwand benutzen und gezielt falsche Angaben präsentieren, auf dass sie sich einfach einmal Eintritt in die Schweiz verschaffen können. Nur ein geringer Teil der Einwanderer kann echte Asylgründe nachweisen. Der grosse Hauptteil bleibt als «vorläufig aufgenommen» in der Regel aber auch lebenslang hier – selbst wenn der Eintritt mittels Betrug gelungen ist. Nach relativ kurzem Aufenthalt wird dann der «Familiennachzug» bewilligt – auch dies längst ein Schlepper-Geschäft, solange DNA-Proben «aus menschenrechtlichen Gründen» untersagt bleiben.

Schliesslich leben abertausend ausländische Familien hier – die meisten von Sozialhilfe abhängig. Selbst von den als Flüchtlinge anerkannten Einwanderern verbleiben mehr als achtzig Prozent lebenslang in der Sozialhilfe. Und der Familiennachzug vergrössert die Zahl der unter (echten oder falschen) Asylgründen in die Schweiz Gelangten um das Sechs- bis Achtfache. Alle leben sie von den Segnungen unseres Wohlfahrtsstaates.

Es würde einer Zeitschrift, die sich dem Konsumentenschutz verschrieben hat, nicht schlecht anstehen, auch die daraus resultierenden Kosten für die Öffentlichkeit einmal sauber und vollständig zu eruieren – obwohl der Bund die Vollkostenrechnung dazu unterschlägt.

Das Grenzwachtkorps

Zurück zur «Saldo»-Rechnung, die mit ihren auf Fr. 18.– pro Kopf und Monat berechneten Kosten allein jene des Departements Sommaruga erfasst.

Für den Grenzschutz, für die Grenzkontrolle ist das Grenzwachtkorps zuständig; es ist dem Finanzdepartement unterstellt. Es schafft insbesondere an den Tessiner Grenzübergängen einigermassen Ordnung. Die daraus resultierenden Kosten fallen aber beim Finanzdepartement an. «Saldo» klammert sie aus.

Interessant übrigens: Der Antrag des Chefs des Finanzdepartements, von Bundesrat Ueli Maurer, mit vergrössertem Grenzwachtkorps umfassenden Grenzschutz zu garantieren, wurde vom Bundesrat aus Kostengründen und angeblich auch aus humanitären Erwägungen (humanitären Schutz gewährt Bundesbern auch Asylbetrügern) abgelehnt. Man zieht es zu Bern vor, die immensen Folgekosten der wenig kontrollierten Masseneinwanderung auf Kantone und Gemeinden zu überwälzen.

Sozialhilfe

Der grösste Teil der unter Asylrecht in die Schweiz gelangten vor allem jungen Männern leben hier – recht komfortabel – von Sozialhilfe. Also gratis. In den ersten zehn Jahren ab Eintritt ins Land ist der Bund kostenpflichtig. Aber nahezu alle bleiben mitsamt Familiennachzug für immer hier – und sehr viele verbleiben fürs ganze Leben in der Sozialhilfe. Die Kosten dafür fallen ab dem elften Jahr vollumfänglich bei den Gemeinden an.

Fälle, wonach für einzelne Familien (dann, wenn mehrere Kinder einer Fremdbetreuung unterstellt werden) Kosten von mehreren zehntausend Franken pro Monat anfallen, häufen sich. Die explodierenden Sozialhilfekosten treiben schon heute Dutzende von Gemeinden in den Ruin. Den Bund – und die Zeitschrift «Saldo» – kümmert das scheinbar nicht. Bern hintertreibt die seit Jahren geforderte Vollkostenrechnung weiterhin. Mehrheiten in beiden Parlamentskammern nehmen's hin – Transparenz in der Asylrechnung ist offensichtlich tabu.

Polizei, Justiz, Strafvollzug

In der «Saldo»-Rechnung fehlen sämtliche Kosten, die bei Polizei und Justiz anfallen sowie aus dem Strafvollzug resultieren. Der Ausländeranteil an der Kriminalität ist weiterhin überdurchschnittlich hoch. Zweifellos: Nicht alle Straftäter sind Asylanten. Aber es hat unter den ausländischen Straftätern mehr als bloss etliche Asylbewerber. Sie belasten die Justiz exorbitant. Anwälte, die sonst offenbar keine Aufträge hätten, leben davon, Rekurse gegen behördliche Asylentscheide zu verfassen, zu vertreten und bei Ablehnung weiterzuziehen. Oft über mehrere Instanzen. Dieses Rekurswesen verschlingt immense Summen. Für die Asylanten ist es kostenlos; für die Steuerzahler weniger.

Unsere Gefängnisse sind bis zu achtzig Prozent von ausländischen Tätern belegt. Wiederum: Nicht all diese Ausländer sind unter Asylrecht in die Schweiz gelangt – aber dennoch nicht wenige davon. Auch dazu weigert sich der Bund, endlich genaue Zahlen zu liefern.

Eine Zeitschrift wie «Saldo» müsste doch eigentlich die tatsächliche Konsumentenbelastung durch das Asylwesen erarbeiten und veröffentlichen. Sie wäre gut beraten, sich endlich jenen anzuschliessen, die seit Jahren eine Vollkostenrechnung fürs Asyl(un)wesen verlangen.

Gesundheit, Bildung

Auch das Gesundheitswesen wird durch die mit Asylgründen oder – weit öfter – unter Missbrauch des Asylrechts in die Schweiz Gelangten überdurchschnittlich belastet. Einwanderer pflegen selbst aufgrund kleinster Gebrechen fast immer die Notfallstationen von Spitätern aufzusuchen – was die Behandlungskosten um ein Vielfaches verteuert. Kosten, die allerdings das Departement Sommaruga nicht belasten – weshalb sie «Saldo» zu übersehen beliebt.

Und auch die Einschulung bzw. die Einschulungsversuche und die daraus resultierende Sonderschulung von Einwanderer-Kindern belasten die Öffentliche Hand immens. Allerdings fallen die Kosten nicht beim Bund, vielmehr bei den Gemeinden an. «Saldo» klammert sie kurzerhand aus.

Die Volksschule wird durch das Asylwesen nicht nur durch zumeist bei den Gemeinden anfallende Kosten stark belastet. Die Verständigungsschwierigkeiten in den Klassen beeinträchtigen auch die Qualität des Volksschulunterrichts schwerwiegend.

Die Vollkostenrechnung

Die «Schweizerzeit» hat – nachdem sie zuvor während Jahren auf parlamentarischem und ausserparlamentarischem Weg vom Bund eine Vollkostenrechnung zu den aus dem Asylwesen resultierenden Aufwendungen gefordert hatte – 2012 eine eigene Rechnung erstellt. Mit Angaben, die in Gemeinden recherchiert wurden und von anderen betroffenen Stellen erhältlich gemacht werden konnten. Die Rechnung – eine solide Schätzung – lieferte schliesslich eine Summe von sage und schreibe 7,132 Milliarden Franken als jährliche Belastung der Öffentlichen Hand auf allen Stufen des Staates.

Diese Rechnung mit dieser enormen Summe ist, nachdem wir sie veröffentlicht hatten, von Lesern und Ämtern dutzendfach dem Departement Sommaruga zur Kommentierung vorgelegt worden. Das Departement Sommaruga hat sich jedem Fragesteller gegenüber geweigert, die «Schweizerzeit»-Zahlen zu kommentieren. Wir sind uns sicher: Hätte man unsere Zahlen als Übertreibung geisseln können, dann wäre scharfe Zurückweisung nicht ausgeblieben. Indem keine Stellungnahme erfolgte, können wir davon ausgehen, dass unsere Schätzung sich eher am unteren Rand der tatsächlich anfallenden Jahreskosten bewegt.

Deutsche Zahlen

Interessante neue Zahlen sind kürzlich in Deutschland vorgelegt worden. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, früher Leiter des ifo-Wirtschaftsinstituts in München, hat die von der «Willkommenskultur» ausgelösten Jahreskosten für das Asylwesen in Deutschland auf sage und schreibe 500 Milliarden Euro berechnet. Andere Berechnungen kommen gar auf noch höhere Summen.

Die Schweiz beherbergt pro Kopf der Bevölkerung keineswegs weniger Asylsuchende als Deutschland. Da der Bund die Erstellung einer Vollkostenrechnung verweigert, erachten wir es als legitim, die für Deutschland be-

rechneten Zahlen auch für die Schweiz als zumindest hinreichend repräsentativ zu beurteilen. Die Schweiz beherbergt etwa einen Zehntel der Wohnbevölkerung Deutschlands. Betragen die jährlichen Kosten für das Asylwesen in Deutschland 500 Milliarden, so würde eine gleiche Berechnung für die Schweiz ein Resultat von sicher 50 Milliarden Franken pro Jahr ergeben.

Jeder Schweizer Einwohner (Säuglinge, Jugendliche, Rentner, Ausländer usw. mitgerechnet) hat ans Asylwesen demnach nicht weniger als Fr. 521.– monatlich, also Fr. 6250.– jährlich zu leisten; eine vierköpfige Familie sage und schreibe Fr. 25 000.–.

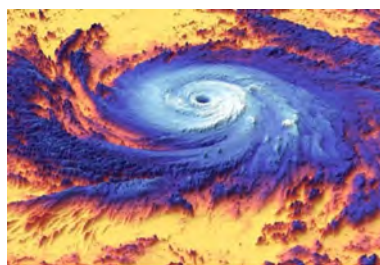
«Saldo» müsste seine Beschwichtigungsrechnung wohl doch etwas überarbeiten.

Quelle: https://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/laepische_rechnung-3220

Extremwetter: Anzahl der grossen Stürme ist um das Doppelte angestiegen

Geo; Mi, 22 Nov 2017 07:45 UTC

«Maria», «Irma», «Harvey»: Im Jahr 2017 jagte ein verheerender Tropensturm den nächsten. Müssen wir auch in Zukunft mit immer mehr und heftigeren Wirbelstürmen rechnen?



© oshua Stevens/ NASA Earth Observatory

Zerstörerische Gewalt: So sah die Wärmebildkamera eines Satelliten den Tropensturm Irma am 20. September 2017

Man hört oft, durch den Klimawandel gebe es weltweit mehr und stärkere Stürme. Aber stimmt das überhaupt? Die Antwort ist: Ja und nein.

Denn auf die Häufigkeit von Stürmen hat die Erderwärmung offenbar keinen Einfluss. Wohl aber auf ihre Stärke, und damit auf ihre Zerstörungskraft. Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung erwartet, dass es mehr Tropenstürme der höchsten Kategorien 3 bis 5 geben wird – und dafür weniger schwache.

Der Grund dafür: Tropische Wirbelstürme beziehen ihre Energie auf den obersten Wasserschichten der Ozeane. Je stärker die sich aufheizen, desto mehr Energienachschub bekommt ein entstehender Sturm. Klar ist auch, dass die Stürme mehr Niederschläge bringen. Denn je wärmer die Luft, desto mehr Wasserdampf kann sie aufnehmen. Die Folge: Heftigere Niederschläge.

Was der ACE über die Sturmintensität verrät

Sicher ist: Für die Karibik und ihre Nachbarregionen war 2017 ein schweres Jahr. Hurrikan «Maria», richtete auf Puerto Rico schwere Schäden an. Zuvor hatte Sturm «Irma» Inseln verwüstet und «Harvey» die Stadt Houston, Texas, unter Wasser gesetzt.

Ein Mass für die Zerstörungskraft von tropischen Wirbelstürmen ist die «Accumulated Cyclone Energy» (Wirbelsturmenergiesumme), kurz ACE. 2017 war das erste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1850, das mindestens drei Wirbelstürme mit einem ACE-Wert von mehr als 40 hervorbrachte. Bis November 2017 lag der ACE-Wert aller Stürme der Saison bereits über 223, mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt der Jahre 1981 bis 2010.

Die bislang energiereichste Sturmsaison seit 1850 war übrigens das Jahr 1933. Meteorologen errechneten einen ACE-Wert von 259.

Quelle: <https://de.sott.net/article/31864-Extremwetter-Anzahl-der-grossen-Sturme-ist-um-das-Doppelte-angestiegen>



15:18 20.11.2017 (aktualisiert 15:59 24.11.2017); Armin Siebert

Ex-Staatssekretär Willy Wimmer, der selbst für die CDU über Jahrzehnte im Bundestag sass, sieht das Hauptproblem für das Scheitern der Koalitionsverhandlungen in der Kanzlerin selbst. Der ehemalige Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hält nach der Einberufung einer Art Notstandsregierung Neuwahlen für unumgänglich.

Herr Wimmer, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende?

Das trifft präzise die Situation. Ich würde noch ein anderes Bild anbringen: Man hat den Eindruck, dass auf der Flasche Deutschland ein Pfropfen namens Merkel sitzt. Der Pfropfen muss weg!

Abgesehen von der Kanzlerin, woran oder an wem sind die Verhandlungen Ihrer Meinung nach noch gescheitert?

Darüber wird jetzt spekuliert werden und da wird es sicher auch noch Zuweisungen geben. Bedenken sollte man, dass auf Seiten der Liberalen die Erinnerung an die Situation von vor vier Jahren sicher noch lebendig ist, als die Bundeskanzlerin alles dafür getan hat, die FDP aus dem Deutschen Bundestag rauszubeissen.

Gescheitert sind die Verhandlungen aber auch daran, dass wir etwas mit uns rumschleppen, das die Republik auf Dauer nicht tragen wird — die singuläre Merkel-Entscheidung aus dem September 2015 zur Öffnung der Grenzen. So lange das nicht im Einvernehmen mit unserer Rechtsordnung und nach dem Bewusstsein der deutschen Bevölkerung geklärt ist, wird es nicht weitergehen. Darum sollte Frau Merkel den Platz räumen. Sie ist jetzt eine Dame mit Vergangenheit. Das Land braucht frischen Wind.

Neben der Kanzlerin, wem schadet dieses Scheitern am meisten?

Das schadet all denen, die im Deutschen Bundestag die letzten vier Jahre mitgemacht und den Mund gehalten haben. Ich habe diesem Parlament ja Jahrzehnte angehört, aber ich habe noch nie in meinem Leben einen so zahnlosen, mutlosen, verqueren Bundestag gesehen. Das sollte aufgearbeitet werden.

Wird die SPD jetzt Ihre Einstellung ändern?

Die Sozialdemokraten haben ja immer wieder deutlich gemacht: Zuerst das Land und dann die Partei. An diesem Satz werden sie sich jetzt messen lassen müssen. Allerdings hätte ich volles Verständnis dafür, dass man jetzt über alles redet, aber bitte ohne Frau Merkel.

Wie wird es weitergehen? Neuwahlen? Minderheitsregierung? Doch GroKo?

Auf jeden Fall ist das eine krisenhafte Entwicklung. Das Bundesverfassungsgericht dürfte da auch ein Wort mitreden, neben dem Herrn Bundespräsidenten, der ja bisher ziemlich konturenlos durch sein Amt gegangen ist. Da kommen bestimmt spannende, fordernde Zeiten auf uns zu.

Und am Ende wird es Neuwahlen geben?

Ja, über eine Minderheits- oder Notstandsregierung, meinerwegen geschäftsführende Regierung wird es dann zu Neuwahlen kommen. Anders können wir wohl aus dieser Situation nicht geordnet in die Zukunft gehen.

Würde denn das Wahlergebnis ein anderes sein?

Ich habe nicht die berühmte Kristallkugel. Aber unser Wohlstand darf nicht gefährdet werden durch parteipolitische Spielchen. Das sollte oberste Priorität haben. Man wird jetzt sehen, ob rumgetrickt wird bei dieser geschäftsführenden Regierung. Davon werden die deutschen Wähler ihr Urteil abhängig machen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20171120318366573-wimmer-auf-der-flasche-deutschland-sitzt-ein-pfropfen-namens-merkel/>

Nur wegen Tagen des offenen Landes? – Immer mehr Gewalttaten in Deutschland und vorrangig Täter mit Migrationshintergrund

Soeren Kern; MMNews; So, 26 Nov 2017 10:51 UTC

Bundeskanzlerin Merkels Einwanderungspolitik der offenen Tür hat einen Teufelskreis der Gewalt in Gang gesetzt, in dessen Zuge immer mehr Menschen in der Öffentlichkeit Messer bei sich tragen – darunter auch zur Selbstverteidigung. 2017 könnte ein Rekordjahr für Messerstechereien und Messergewalt werden.

Die jüngste Zunahme von Messerstechereien und anderer mit Messern verübter Straftaten überall in Deutschland wirft ein neuerliches Licht darauf, wie sich die Sicherheitslage verschlechtert hat, seit Bundeskanzlerin Angela Merkel 2015 beschloss, mehr als eine Million Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land zu lassen.

Mit Messern, Äxten und Macheten bewaffnete Personen haben in den letzten Monaten Verheerung über alle 16 deutschen Bundesländer gebracht. Messer wurden nicht nur dazu benutzt, um dschihadistische Anschläge zu verüben, sondern auch für Morde, Raubüberfälle, Einbrüche, Vergewaltigungen, Ehrenmorde und viele andere Arten von Gewaltverbrechen. Mit Messern verübte Verbrechen ereigneten sich auf Jahrmärkten, Radwegen, in Hotels, Parks, auf öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Restaurants, Schulen, Supermärkten und Bahnhöfen. Viele Deutsche haben das Gefühl, dass die Gefahr überall lauert; öffentliche Sicherheit nirgends. **Die Polizei gibt zu, dass sie zahlenmässig unterlegen, überfordert und immer weniger in der Lage ist, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten – sowohl am Tag als auch in der Nacht.**

Verlässliche Statistiken über Messergewalt in Deutschland – wo die Polizei beschuldigt wird, es zu versäumen, über viele Verbrechen zu berichten, wohl im Versuch, die Öffentlichkeit «nicht zu beunruhigen» – existieren nicht.

2017 Rekordjahr für Messerstechereien und Messergewalt

Eine Suche in deutschen Polizeimeldungen deutet aber darauf hin, dass 2017 ein Rekordjahr für Messerstechereien und Messergewalt werden könnte: Die Polizei meldete zwischen Januar und Oktober 2017 mehr als 3500 im Zusammenhang mit Messern stehende Verbrechen, verglichen mit 4000 solcher Verbrechen im Gesamtjahr 2016 – und nur 300 im Jahr 2007. Insgesamt ist die Zahl der Verbrechen, **bei denen Messer eingesetzt wurden, in den letzten zehn Jahren um 1200 Prozent gestiegen.**

Die Medien in Deutschland berichten über die meisten Fälle von Messergewalt nicht. Diejenigen Verbrechen, über die berichtet wird, werden oft als «Einzelfälle» abgetan, die nichts mit der Masseneinwanderung zu tun hätten. Zudem fehlt in vielen Berichten über Straftaten, auch in Polizeiberichten, oft jeglicher Hinweis auf die Staatsangehörigkeit der Täter und der Opfer – offensichtlich, um zu vermeiden, die Stimmung gegen Einwanderung zu bestärken.

Doch Merkels Einwanderungspolitik der offenen Tür hat einen Teufelskreis der Gewalt in Gang gesetzt, in dessen Zuge immer mehr Menschen in der Öffentlichkeit Messer bei sich tragen – darunter auch zur Selbstverteidigung.

Berlin: Epizentrum der Messergewalt

Das Epizentrum der Messergewalt ist Berlin, wo einige Gebiete so gefährlich sind, dass sie quasi zu No-Go-Zonen geworden sind. In Neukölln und anderen Vierteln mit vielen Einwanderern gehören Messerstechereien zum Alltag. Laut der «Berliner Morgenpost» sind Einwanderer für mindestens 45 Prozent der Verbrechen in der deutschen Hauptstadt verantwortlich.

Bremen und Bremerhaven sind ebenfalls Brennpunkte der Messergewalt. 2016 wurden in Bremen mindestens 469 Menschen – mehr als einer pro Tag – Opfer von Messerattacken. Das besagt ein Senatspapier, aus dem die «Bild»-Zeitung zitiert. Mehr als ein Dutzend Menschen verstarben an ihren Stichwunden. In Bremerhaven wurden weitere 165 Messerattacken verzeichnet, ein Anstieg von 75 Prozent seit 2014. Laut «Bild» waren Migranten für die meisten dieser Gewalttaten verantwortlich.

NRW

Ein weiterer Krisenherd der Messergewalt ist Nordrhein-Westfalen; Messerstechereien grassieren u.a. in Bielefeld, Bochum, Bonn, Köln, Dortmund, Düsseldorf und Essen; besonders heimgesucht ist die Düsseldorfer Innenstadt.

Viele Messerattacken scheinen wahllos zu sein, unterschiedslose Angriffe auf unschuldige Passanten – das gilt vor allem für Verkehrsknotenpunkte und öffentliche Verkehrsmittel:

- München, 21. Oktober: Am Rosenheimer Platz sticht ein 33-jähriger *wahllos* auf acht Menschen ein, unter den Opfern ist auch ein 12-jähriger Junge. Die Polizei sagt, sie «nehme an», dass der Täter – ein Serientäter mit langem Strafregister – unter einer «psychischen Störung» leide.

- Mönchengladbach, 16. Oktober: Ein 18-jähriger Algerier, der sich illegal in Deutschland aufhält, *bedroht* am Hauptbahnhof einen 65-jährigen Rollstuhlfahrer mit einem Messer.
- Hamburg, 15. Oktober: Ein 23 Jahre alter Mann wird in einem Restaurant *niedergestochen* – wegen eines «zufälligen Blickkontakts» mit dem Angreifer.
- Berlin, 11. Oktober: Zwei Passanten werden am S- und U-Bahnhof Neukölln *niedergestochen*. Nach Angaben der Polizei war der Angriff zufällig und unprovokiert.
- Köln, 2. Oktober: In der S-Bahn zum Düsseldorfer Flughafen überfällt und beraubt ein Mann mit «dunklem Teint» eine Frau *mit vorgehaltenem Messer*.
- Mannheim, 30. September: Ein 31-Jähriger *sticht* wahllos auf Passanten ein. Polizisten feuern einen Warnschuss ab, nachdem Pfefferspray wirkungslos blieb.
- Leipzig, 27. Juli: Ein 46 Jahre alter Familienvater, der sich mit seiner Familie in einem Vergnügungspark aufhält, wird von einer Gruppe afghanischer Jugendlicher angegriffen und schwer mit einem Messer *verletzt*.

Immer öfter sind Teenager, Kinder und Frauen an Messerattacken beteiligt bzw. werden zu Opfern:

- Giessen, 15. November: Auf einem Schulhof werden zwei Kinder von zwei Männern mit «dunklem Teint» bzw. «südosteuropäischem Aussehen» *mit dem Messer bedroht*; sie rauben ihnen das Essensgeld.
- Dormagen, 15. November: Am Helmut-Schmidt-Platz bedroht ein 39-Jähriger einen Teenager mit *einem Messer*. Der Angreifer wird in eine psychiatrische Klinik eingeliefert.
- Wiesbaden, 14. November: Auf einem Spielplatz bedroht ein Mann eine Frau und ihre Kinder am helllichten Tag mit *einem Messer*. Die Frau sagt, der Mann habe versucht, ihren Hund zu stehlen; als sie sich dagegen gewehrt habe, habe er sie angegriffen.
- Köln, 2. November: Eine 39 Jahre alte Frau wird von einem offenbar unter Drogen stehenden Mann *niedergestochen*.
- Singen, 4. Oktober: Zwei 14 Jahre alte Türkisch sprechende Kinder bedrohen mehrere andere Kinder auf einem Spielplatz mit *einem Messer*.
- Dortmund, 1. Oktober: Ein 15-Jähriger wird in der Gustav-Heinemann-Schule *niedergestochen*, nachdem er versucht hatte, einen Streit zwischen einem 13-Jährigen und einem 16-Jährigen zu schlichten.
- Freiburg, 29. September: Bei einem Streit auf einem Parkplatz wird eine 34-jährige Frau von einer anderen Frau *niedergestochen*.
- Hermannsburg, 29. August: Ein Mann *bedroht* eine 22-Jährige mit einem Messer, da diese angeblich in einer Tiefgarage den Verkehr aufhält.

Bei Massenschlägereien zwischen Gruppen unterschiedlicher Nationalitäten und ethnischer Zugehörigkeit scheinen Messer die Waffe der Wahl zu sein:

- Erfurt, 11. November: Ein 22-jähriger Afghane wird in einem Mehrfamilienhaus bei einem Streit mit anderen Afghanen *niedergestochen* und schwer verletzt.
- Rüdersdorf, 11. November: Bei einer *Messerstecherei* in einem Mehrfamilienhaus wird ein 19-Jähriger schwer verletzt.
- Hamburg, 9. November: Bei einer *Messerstecherei* in Eimsbüttel werden drei Männer *niedergestochen* und schwer verletzt.
- Berlin, 7. November: Ein 21-jähriger Vietnameser wird *erstochen*, als er den Spätkauf seines Vaters in Wilmersdorf verlässt. Der Mörder ist immer noch auf freiem Fuss.
- Bremen, 2. November: Während einer Massenschlägerei vor einem Dönerrestaurant wird eine 20 Jahre alte Frau *erstochen*. Nur wenige Stunden zuvor war ein Mann in einem nahe gelegenen Supermarkt *erschossen* worden.
- Hoyerswerda, 25. Oktober: Ein 23-jähriger Libyer wird bei einem Kampf mit einem 23-jährigen sowie einem 28-jährigen Libyer mit einem Messer *im Gesicht verletzt*.
- Bad Wildungen, 16. Oktober: Ein 18-jähriger wird bei einer *Messerstecherei*, an der ein Dutzend Personen beteiligt ist, niedergestochen und erleidet schwere Verletzungen.
- Eschwege, 15. Oktober: Ein 23-jähriger Afghane *sticht* bei einer Massenschlägerei in einer Flüchtlingsunterkunft, an der mehr als 40 Personen beteiligt sind, einen 23-jährigen Algerier nieder.
- Dortmund, 14. Oktober: Mehr als 40 Migranten beteiligen sich an einer *Messerstecherei* in einer Flüchtlingsunterkunft. Als die Polizei eintrifft, wird sie von dem Mob «massiv» angegriffen. Die Beamten setzen Hunde ein, um die Ordnung wiederherzustellen.
- Köln, 14. Oktober: Am Ebertplatz wird ein 22-jähriger Migrant aus Afrika bei einer *Messerstecherei* mit sechs anderen Afrikanern *erstochen*.

- Öhringen, 12. Oktober: Bei einer Messerstecherei fügt ein 17-jähriger Deutsch-Türke einem 19-jährigen Polen *schwere Verletzungen* zu.
- Bielefeld, 2. Oktober: Ein 21 Jahre alter Mann erleidet mehrere *Messerstiche*, nachdem er einem Paar zu Hilfe geeilt war, das in einem Skatepark von einer Gruppe afghanischer Männer angegriffen worden war. Die Polizei fahndet nach einem 18-jährigen «Iraker oder Kurden» als dem mutmasslichen Täter.
- Naumburg, 1. Oktober: Ein 18-jähriger Afghane und ein 19-jähriger Marokkaner werden bei einer Massenschlägerei zwischen «ausländischen Personen verschiedener Herkunft» *niedergestochen*.
- Dortmund, 3. September: Ein 34-jähriger Bulgare *sticht* vor einem Restaurant einen 54-jährigen Türken nieder.

Messer werden auch bei «Ehren»-Gewalt und internen Streitigkeiten eingesetzt:

- Bad Homburg, 30. Oktober: Ein 40-Jähriger *ersticht* seine 31 Jahre alte Frau und Mutter ihrer drei gemeinsamen Kinder: Nach Angaben der Polizei sei der Mann möglicherweise verärgert gewesen über «das Auftreten der 31-jährigen Geschädigten in den sozialen Netzwerken».
- Oldenburg, 14. Oktober: Prozessbeginn gegen einen 37-jährigen Iraker, der bezichtigt wird, seine Frau *erstochen* zu haben, die auch die Mutter seiner fünf Kinder war, die zur Tatzeit im Haus der Familie waren, wo die Tat verübt wurde. Laut der Anklageschrift tötete der Iraker seine Frau, um die «Familienehre» wiederherzustellen, nachdem er den Verdacht gewonnen hatte, sie habe eine Affäre mit einem anderen Mann. In Wahrheit hatte die Frau an Deutschkursen teilgenommen.
- Eggenfelden, 4. Oktober: Ein 47-jähriger Kasache *kastriert* einen 28-jährigen ukrainischen Migranten in einer Migrantenunterkunft; das Opfer verblutet am Tatort.
- Leipzig, 11. August: Ein 37-jähriger Afghane *ersticht* seine 34-jährige Frau, die mit dem dritten gemeinsamen Kind schwanger ist. Die beiden anderen Kinder des Paares sind zur Tatzeit in der Wohnung anwesend.
- Riederich, 9. Juli: Ein 35-jähriger Mazedonier *ersticht* während einer Hochzeit einen 30-jährigen Mazedonier, der einem rivalisierenden Clan angehört.
- Herzberg, 29. Juni: Mohammad Hussain Rashwani, ein 38-jähriger Migrant aus Syrien, versucht, die 64-jährige Ilona Fugmann in ihrem Schönheitssalon zu *enthaupen*. Fugmann hatte Rashwani als Friseur eingestellt, deutsche Medien priesen ihn als Musterbeispiel für gelungene Integration. Berichten zufolge fiel es Mohammad schwer, sich seiner Chefin unterzuordnen.
- Köln, 14. Juni: Ein 33-jähriger Syrer fügt seiner Exfrau in einem Supermarkt in Köln schwere Verletzungen mit einem *Messer* zu. Er sticht auch auf seinen 13-jährigen Sohn ein, als dieser seine Mutter schützen will.
- Cottbus, 9. Juni: Ein 32 Jahre alter Tschetschene wird zu 13 Jahren Haft *verurteilt*, da er seiner Frau die Kehle durchgeschnitten und sie aus dem Fenster des zweiten Stocks ihrer gemeinsamen Wohnung geworfen hatte. Der Mann wird wegen Totschlags statt wegen Mordes verurteilt, da das Gericht annimmt, dass der Mann den «Ehrenmord» im Affekt durchgeführt habe: Er habe gedacht, dass seine Frau ihm untreu geworden sei.

Messerattacken werden auch gegen Sozialarbeiter und Staatsdiener verübt:

- Pfaffenhofen, 11. November: Ein 28-jähriger Mann mit kasachischer und deutscher Staatsbürgerschaft und einem *Messer* hält eine 31-jährige Sachbearbeiterin in einem Jugendamt über fünf Stunden lang als Geisel. Er gibt an, nicht einverstanden mit ihrer Entscheidung in einem Sorgerechtsstreit zu sein, wonach seine einjährige Tochter in die Obhut von Pflegeeltern gegeben wird.
- Göppingen, 26. Oktober: Ein Mann mit «dunklem Teint» bedroht eine 54-jährige Zugbegleiterin mit einem *Messer*; als diese ihn nach seinem Fahrschein fragt.
- Ahaus, 12. Oktober: Ein 28-jähriger Nigerianer wird zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt; er hatte eine 22-jährige Helferin in einer Flüchtlingsunterkunft *erstochen*.
- Saarbrücken, 7. Juni: Ein 27-jähriger Syrer *ersticht* einen 30-jährigen Psychologen des Roten Kreuzes. Der Angreifer und der Psychologe sollen während einer Therapiesitzung in einem Beratungszentrum für traumatisierte Flüchtlinge in Streit geraten sein.

Oft sind die Angreifer der Polizei als Wiederholungstäter bekannt:

- Giessen, 15. November: Ein 29-jähriger Kosovare und ein 19-jähriger Albaner bedrohen einen Ladendetektiv, der sie beim Ladendiebstahl ertappt, mit einem *Messer*. Die Polizei sagt, der Kosovare sei bereits mit einem Haftbefehl gesucht worden.
- Bielefeld, 31. Oktober: Bei einer Personenkontrolle der Polizei droht ein 39-jähriger mit einem *Messer*. Nach Polizeiangaben hat der Mann eine lange Liste von Straftaten, darunter Einbruch und Drogenhandel.
- Düsseldorf, 17. Oktober: Der 27 Jahre alte Migrant Khudeda Jamal Jindi aus dem Irak verletzt am Burgplatz einen Mann mit dem *Messer im Gesicht*. Der Polizei ist er wegen vieler Straftaten bekannt, darunter andere Messerdelikte. Es ist unklar, warum er nie abgeschoben wurde.

- Arnschwang, 4. Juni: Mostafa J., ein 41-jähriger Asylsuchender aus Afghanistan, *ersticht* in einer Flüchtlingsunterkunft einen fünf Jahre alten Jungen aus Russland. Später kommt ans Licht, dass der Mann eine lange Geschichte von in Deutschland begangenen Verbrechen hat; 2011 hätte er abgeschoben werden sollen, wurde es aber nicht.

Unter den jüngsten Fällen von Messerdschihad ist u.a. dieser:

- Hamburg, 28. Juli: Der 26-jährige Palästinenser Ahmed A. *ersticht* in einem Supermarkt in Barmbek eine Person und verletzt mehrere weitere. Obwohl er mehrfach «Allahu Akbar» ruft und sagt, er sei ein Dschihadist, der als Märtyrer sterben wolle, *schreibt* «Die Welt»: «Noch immer ist unklar, ob die Mordtat von Barmbek das Werk eines überzeugten Islamisten oder die Verzweiflungstat eines psychisch angeschlagenen Menschen ist. ... Sein Vorgehen wirkt regelrecht schizophran – oder doch kalkuliert?»

Polizeimeldungen im Oktober

Unter den anderen gemeldeten, mit Messern verübten Verbrechen im Oktober sind diese:

- Hagen, 1. Oktober: Ein unbekannter Mann *verletzt* am Hauptbahnhof einen Mann mit einer Machete.
- Speyer, 1. Oktober: Ein 27-jähriger Mann mit einem *Messer* greift bei einer Personenkontrolle am Hauptbahnhof Polizisten an.
- Werl, 1. Oktober: Ein mit einem Messer bewaffneter Mann «südländischen Typs» *beraubt* einen 20-Jährigen.
- Wilhelmshaven, 1. Oktober: Ein mit einem Messer bewaffneter Mann, der Deutsch mit «osteuropäischem Akzent» spricht, *überfällt und beraubt* eine Tankstelle.
- Freiburg, 2. Oktober: Zwei Teenager mit «türkischem Aussehen» *bedrohen* zwei andere Teenager auf einem öffentlichen Platz mit dem Messer und rauben sie aus.
- Ulm, 2. Oktober: Drei mit einem Messer bewaffnete Männer mit «dunkler Hautfarbe» *überfallen und berauben* einen 20-Jährigen.
- Soest, 4. Oktober: Ein 18-jähriger Somali *verletzt* am Bahnhof einen 39-jährigen Deutschen mit einem Messer.
- Hamburg, 5. Oktober: Ein 24-jähriger Ladendetektiv in einem Bekleidungsgeschäft wird *niedergestochen*, als er zwei männliche Ladendiebe stellt.
- Wolfsburg, 6. Oktober: Bei einer Schlägerei am Hoehring werden zwei Männer mit dem Messer *verletzt*.
- Wiesbaden, 6. Oktober: In der Innenstadt wird ein 23-Jähriger *niedergestochen*.
- Johanngeorgenstadt, 7. Oktober: Bei einer Waffenkontrolle an der deutsch-tschechischen Grenze werden die Messer von fünf Teenagern *beschlagnahmt*.
- Münster, 7. Oktober: Am Busbahnhof *bedrohen* zwei Männer einen 16-Jährigen mit einem Messer und rauben ihn aus.
- Bremen, 8. Oktober: Bei einer Schlägerei im Stadtzentrum werden zwei Männer *niedergestochen*.
- Weinheim, 9. Oktober: Ein 24-jähriger Verkäufer wird von einem 46-jährigen «Kunden» *niedergestochen*.
- Hofheim, 10. Oktober: Bei einem Oktoberfest wird ein privater Wachmann mit dem Messer *verletzt*.
- Köln, 10. Oktober: In Köln-Zollstock wird ein 36-Jähriger an einem Kiosk von einem 26-Jährigen *niedergestochen*.
- Stade, 11. Oktober: Ein Mann mit «südländischem Aussehen» *verletzt* einen 38-Jährigen schwer mit einem Messer.
- Berlin, 13. Oktober: Bei einer *Messerstecherei* am Alexanderplatz wird ein Mann schwer verletzt.
- Kassel, 15. Oktober: Zwei «Arabisch sprechende» Männer mit einem Messer *bedrohen und berauben* im Stadtteil Wesertor eine 43 Jahre alte Frau.
- Niederstetten, 17. Oktober: Ein 19-Jähriger *sticht* in einem Restaurant einem 30-Jährigen ein Messer in den Bauch. Die Tat ereignet sich, nachdem der 30-Jährige angeblich die Frau des 19-Jährigen «beleidigt» hatte.
- Bremen, 19. Oktober: Im Stadtteil Huchting wird ein 25-Jähriger von einer Gruppe Männern *niedergestochen*. Als die Polizeibeamten eintreffen, werden sie sofort von einem Mob von 30 bis 40 Männern umzingelt. Die Polizei setzt Tränengas und Hunde ein, um die Ordnung wiederherzustellen.
- Berlin, 19. Oktober: Ein 19-jähriger Rumäne wird im Bezirk Tiergarten *erstochen*.
- Halle, 19. Oktober: Bei einem Streit um Drogen wird ein Mann *niedergestochen*.
- Düsseldorf, 21. Oktober: Zwei Männer werden vor einem McDonalds-Restaurant in der Innenstadt von vier Angreifern *niedergestochen*.
- Stewede, 21. Oktober: Bei einem Streit werden drei Mitglieder einer Familie *niedergestochen*. Der Angriff ging offenbar von einem 43-jährigen Mann aus, der die Wahl des Freundes missbilligt, die seine Stieftochter getroffen hatte.

- Hamburg, 22. Oktober: Ein 18-jähriger Verkäufer in einem Geschäft für Mobiltelefone wird von einem 21-jährigen *niedergestochen*, der unzufrieden mit dem Service ist.
- Hamburg, 22. Oktober: Am Eingang zu einer U-Bahn-Station wird einem Mann ein Messer *in den Bauch gestossen*.
- Düsseldorf, 22. Oktober: Ein 21-Jähriger wird *niedergestochen*, als er versucht, einen Streit zu schlichten.
- Rheine, 22. Oktober: Im Zuge einer Meinungsverschiedenheit *sticht* ein 20 Jahre alter Rumäne einen 44 Jahre alten Landsmann *nieder*.
- Berlin, 23. Oktober: Im Stadtteil Schöneberg wird ein 59-Jähriger *niedergestochen* und schwer verletzt.
- Leipzig, 23. Oktober: Bei einer Schlägerei am Hauptbahnhof wird ein 21 Jahre alter Mann *niedergestochen*.
- Solingen, 23. Oktober: Bei einer Schlägerei wird ein 19-Jähriger *niedergestochen*.
- Berlin, 24. Oktober: Auf dem Gelände des Jüdischen Krankenhauses in Wedding wird ein 39-Jähriger von einem 20-Jährigen mit einem Messer *verletzt*.
- Hünstetten-Bechtheim, 27. Oktober: Bei einem Volksfest wird ein 18 Jahre alter Mann mit einem Messer *schwer verletzt*.
- Wangen, 29. Oktober: Ein 56-Jähriger *sticht* einen 52-Jährigen wegen einer Meinungsverschiedenheit in einem Restaurant *nieder*.
- Chemnitz, 29. Oktober: Bei einer Messerstecherei unter Nordafrikanern wird ein 27 Jahre alter Libyer *schwer verletzt*.
- Giessen, 30. Oktober: Zwei syrische Asylbewerber werden bei einem Streit mit einem anderen Syrer im Stadtzentrum mit dem Messer *verletzt*.
- Waldshut, 30. Oktober: Ein 32 Jahre alter Mann erleidet bei einer Schlägerei am Busbahnhof in Tiengen *schwere Stichwunden*.
- Frankfurt, 30. Oktober: Der Mitarbeiter einer Wohnungsgesellschaft wird bei der Zwangsräumung einer Wohnung von einer Frau mit dem Messer *lebensgefährlich verletzt*.
- Kulmbach, 31. Oktober: Ein 38-jähriger Türke *sticht* bei einem Streit einen 33-jährigen Deutschen *nieder*.
- Berlin, 31. Oktober: Bei einer *Messerstecherei* unter sechs Männern an einem U-Bahnhof im Bezirk Schöneberg werden drei der Männer verletzt. Die Berliner Zeitung veröffentlicht einen ungewöhnlich detaillierten Bericht des Hergangs, in dem auch das Alter der Beteiligten erwähnt wird, jedoch keine Angaben zur Nationalität gemacht werden.

de.gatestoneinstitute.org

Quelle: <https://de.sott.net/article/31790-Nur-wegen-Tagen-des-offenen-Landes-Immer-mehr-Gewalttaten-in-Deutschland-und-vorrangig-Tater-mit-Migrationshintergrund>

Widerstand gegen Besatzer ist berechtigt – einige Denkanstöße

26. November 2017; Klaus Madersbacher

Jeder, der nur die leiseste Kenntnis von den grundlegenden Prinzipien des Internationalen Rechts hat, weiss ganz genau, dass es sich bei den Kriegen, die von den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Komplizen/Handlangern geführt werden, um Angriffskriege handelt, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Es sind «Verbrechen gegen den Frieden», für die nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von Naziführern aufgehängt worden sind. Nebenbei bemerkt in erster Linie auf Betreiben der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, die inzwischen selbst in dieser Sparte des Verbrechens an führender Stelle tätig sind. Zu ihrem Propagandazirkus gehören übrigens die «Kriegsverbrechertribunale», in denen Afrikaner und Serben unter grossem Presserummel vorgeführt werden.

Diejenigen, die Internationales Recht studiert haben oder es gar unterrichten, sind da wohl noch nicht draufgekommen oder hüten sich zumindest, die dummen Steuerzahler, die für ihre hochbezahlten Posten zur Kasse gebeten werden, diesbezüglich aufzuklären.

Nicht anders die staatlichen Medien – die «öffentlich Rechtlichen» oder wie sie sich sonst bezeichnen/hingestellt werden, mit der Verpflichtung, der Wahrheit entsprechend, ausgewogen und so weiter zu informieren, in denen es von «Experten» aller Art nur so wimmelt, hochbezahlte Leute auch hier – finanziert in erster Linie aus Zwangsbeiträgen, für die treffender die Bezeichnung Propagandasteuer angebracht wäre.

Dass von Werbeeinnahmen abhängige Massenmedien schreiben/senden, was gewünscht wird, liegt auf der Hand – alles was hier zählt ist die Quote. Wer nicht sehen/hören/lesen will, was die zu bieten haben, muss halt abschalten, weiterklicken usw.

Dass Kriegstreiber/Kriegführende/Kriegsverbrecher darauf achten, dass sie in der Öffentlichkeit gut dastehen, ist auch nachvollziehbar – sie wollen/müssen ihre Geschäfte machen und sind darauf angewiesen, respektiert und geachtet zu werden, und wer respektiert schon jemanden, der sagen wir gerade eine Schule oder ein Krankenhaus bombardiert hat bzw. bombardieren hat lassen – Schreibtischtäter bombardieren ja nicht selbst.

Kriegsflugzeuge fliegen nicht nach Lust und Laune ihrer Piloten herum und werfen Bomben ab, wo es diesen gerade in den Sinn kommt. Eine gigantische Maschinerie sorgt dafür, dass die Zerstörungs-/Tötungsarbeit möglichst reibungslos verrichtet werden kann. (Nichts für schwache Nerven ist Harald Welzers Vortrag ‹Tötungsarbeit›, den ich allen wärmstens empfehle, die wissen wollen, wie Menschen zu ‹Bestien› werden. Auch Mark Twain [nach ‹Der geheimnisvolle Fremde› suchen] hat zu diesem Thema einiges zu sagen. Andere natürlich auch, aber nach dem Vortrag Harald Welzers hat man schon einige Grundkenntnisse erlangt.)

Die Verantwortlichen/Betreiber/Nutzniesser dieser Maschinerie wollen natürlich nicht vor Gericht oder gar auf einem Galgen landen wie ihre Nazi-Vorgänger seinerzeit in Nürnberg. Die hat's erst erwischt, nachdem der ganze Zauber vorbei war – nachdem aber jeder Krieg einmal zu Ende geht, werden nach Ablauf der zur Zeit geführten Kriege wohl wieder einige dran glauben müssen. Wie üblich werden das die Verlierer sein, die dann wahrscheinlich die Nürnberger Gesetze mit voller Härte treffen werden, da die Wut der Völker über die von ihnen verursachten Verbrechen noch gross sein wird.

Nun, diejenigen, die Verbrechen gegen den Frieden, sprich aggressive Überfälle auf andere Länder begehen, lassen sich leicht herausfinden. Natürlich kann es dann nur solchen an den Kragen gehen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihr Filialbetrieb NATO stehen ganz oben auf der Liste. Nachdem sie nicht in der Lage waren, aus dem Hinauswurf aus Vietnam die Lehre zu ziehen, dass eine noch so riesige Übermacht ein zum Widerstand entschlossenes Volk nicht besiegen kann, versuchten/versuchen sie weiterhin krampfhaft, ihr Konzept der totalen Weltherrschaft durchzusetzen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hegten sie die phantastische Überzeugung, von der ‹Geschichte› für diese Aufgabe ‹berufen› zu sein. Wie mittlerweile auf der ganzen Welt – na ja, in der ‹westlichen› vielleicht nicht – bekannt, lassen die gross angekündigten ‹Siege› auf sich warten. Angst und Schrecken verbreiten können sie, die ‹losers› (Verlierer), die wichtigtuerisch in der amerikanischen und anderen Regierungen des Westens herumstolzieren, gefeiert und gelobt von gefügigen Medien. Noch ...

Israel, als laut Umfragen weltweit zweitgefährlichstes Land, braucht eigentlich nicht eigens erwähnt zu werden – der grösste ‹Flugzeugträger› der USA, der ohne grosszügige Finanzierung durch die USA zu nix in der Lage wäre, was seine vielen schändlichen rassistischen Aktionen gegen die Palästinenser und seine aggressive Politik gegen Syrien und den Libanon betrifft. Mit so einem Nachbarland ist man wirklich bedient ...

Die uns Bewohnern des Westens als besonders gefährlich bezeichneten Länder wie die Demokratische Republik Korea ‹Nordkorea›, der Iran, Russland, China usw. hingegen werden in der weltweit durchgeführten Umfrage kaum als ‹gefährlich› eingestuft. Sie haben ja auch kaum Militärstützpunkte im Ausland, stellen keine Raketen an der Grenze zu anderen Ländern auf, veranstalten keine bedrohliche Flüge mit Atombombern und Militärmanöver, in denen sie den Überfall/Einmarsch in andere Länder proben usw. usf.

Neulich hatte ich wieder einmal Gelegenheit, die Stimme des Volkes zu vernehmen, eines Volkes, dessen ‹Wissensstand› betreffend des politischen Weltgeschehens sich aus den Informationen der Massenmedien – darunter auch ‹Kulturfunk› und diverse ‹Qualitätszeitungen› – speist. Allerdings hatte ich den Eindruck, dass die Menschen mit sich reden lassen. Es ist natürlich nicht einfach, jemanden, der davon überzeugt ist, dass ‹der Putin und der Assad die Syrer umbringen› und dass das alles ist, zu einer differenzierteren Betrachtungsweise zu bringen, aber es geht.

Den Supersager des österreichischen Schriftstellers Robert Menasse, dass ‹Strache und Kurz Sturm gesät hätten, ihre Wähler aber einen Furz ernten würden› muss ich noch loswerden, damit man sieht, dass der Humor noch nicht ausgestorben ist.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2017_11_26_widerstand.htm

Lobbyismus wirkt: EU verlängert Glyphosat-Zulassung um weitere fünf Jahre

Veröffentlicht am November 27, 2017 in Welt; von rt.com

Nach monatelangem Hin und Her steht nun fest: Der umstrittene Unkrautvernichter Glyphosat darf auch künftig in Europa verkauft werden.

Die EU-Länder haben die Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat für weitere fünf Jahre gebilligt. Dies teilte die EU-Kommission am Montag mit. 18 Mitgliedstaaten hätten für den Vorschlag der

Kommission für eine Verlängerung um fünf Jahre gestimmt, neun dagegen, ein Land habe sich enthalten. Damit sei die nötige qualifizierte Mehrheit erreicht.

Die Verlängerung ist nicht nur bedeutend für Landwirtschaft und Verbraucher, sondern auch für den deutschen Chemieriesen Bayer, der den Glyphosat-Erfinder Monsanto übernehmen will. Glyphosat ist ein sehr wirksames Unkrautgift und wird weltweit in grossen Mengen in der Landwirtschaft eingesetzt. Einige Wissenschaftler sehen jedoch ein Krebsrisiko. Mehr als eine Million Bürger in der EU haben gegen eine weitere Zulassung des Mittels unterschrieben. Das Verfahren um die Neuzulassung zog sich monatelang hin, weil sich im Kreis der Mitgliedsländer lange weder dafür noch dagegen eine ausreichende Mehrheit fand. Die EU-Kommission wollte zunächst eine Verlängerung um zehn, dann sieben, dann fünf Jahre. Damit setzte sie sich jetzt durch.

Das Europaparlament hatte sich im Oktober dafür ausgesprochen, Glyphosat ab sofort nur noch sehr eingeschränkt zuzulassen und bis 2022 schrittweise zu verbieten.

Behörden als Monsanto-Plagiatoren – US-Konzern engagierte Trollarmee

Das Herbizid wird weltweit genutzt und steht im Verdacht, schwerwiegende gesundheitliche Schäden wie Krebs hervorzurufen und die Umwelt nachhaltig zu schädigen. Die EU wirbt für die Verlängerung des Mittels mit einem Gutachten, das belegen soll, dass Glyphosat nicht krebserregend ist.

EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis befürwortete eine Verlängerung der Genehmigung, seinen Angaben zufolge hätten mehr als 20 Institute weltweit das Mittel als nicht krebserregend eingestuft. Er sah darin eine Bestätigung durch eine «Konvergenz der wissenschaftlichen Meinungen», wie er vor dem Europaparlament in Strassburg sagte.

Immer wieder ist in der Diskussion die Rede von «unabhängigen Studien». Die europäische Behörde Efsa hatte Glyphosat als unbedenklich eingeschätzt, basierend auf Forschungsergebnissen, die sie jedoch nicht offenlegte. Auch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sieht das Mittel als ungefährlich an. Dem gegenüber stehen mehrere unabhängige Untersuchungen der zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehörenden Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC), die Glyphosat im Jahr 2015 als «wahrscheinlich krebserregend» einstuft.

In seinem Gutachten hatte das BfR «über zahlreiche Seiten hinweg» Textpassagen «praktisch wörtlich übernommen» – und zwar von Monsanto selbst. Das systematische Unterlassen von Quellenangaben und das gezielte Entfernen von Hinweisen auf die tatsächlichen Verfasser lasse sich «nur als bewusste Verschleierung ihrer Herkunft deuten», so ein *Plagiatsforscher*.

Dennoch wird dieses Gutachten als Grundlage für die Verlängerung genutzt. Aktivisten hoffen noch darauf, mit diesen Tatsachen einen Umschwung unter den massgeblichen deutschen Entscheidungsträgern zu erwirken.

Quelle: <http://derwaechter.net/lobbyismus-wirkt-eu-verlaengert-glyphosat-zulassung-um-weitere-fuenf-jahre>

FIGU-Informationen hierzu

Glyphosat ist gefährlich und verursacht Krebs, Missbildungen und Fehlgeburten, wie das auch bei allen Pestiziden und Herbiziden sowie bei allen Neurotoxinen der Fall ist, die beim Versprühen auf natürlich wachsende Nahrungsmittel in diese eindringen und gespeichert werden, wie eben in Gemüsen, Beeren, Früchten, Mais, Pilzen und Korn. Diese Gifte werden dann durch die Nahrung vom Menschen aufgenommen und lösen gesundheitliche Schäden aus. Nebst Krebs, Missbildungen und Fehlgeburten werden durch alle Herbizide, Pestizide und Neurotoxine, die über die Nahrungsmittel und durch Poreneinlass sowie durch die Atmung in den menschlichen Körper gelangen, auch viele Allergieformen ausgelöst, wobei aber auch vielfältige Krankheiten in Erscheinung treten, deren Ursachen von den irdischen Medizinerinnen nicht erkannt werden. Glyphosat, wie auch alle anderen Pestizide und alle Herbizide sowie Neurotoxine sind um vieles gefährlicher, als dies von den Chemikern, Herstellern und Nutzern lügenhaft behauptet wird. Im Gegenteil; wahrheitlich gibt es für diese Stoffe keinen Milligramm-Grenzwert, denn selbst in geringsten Mengen, die weit unter einem Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht liegen, sind Herbizide und Pestizide sowie auch Neurotoxine für die Gesundheit des Menschen sehr bedenklich gefährdend und also krankheitsauslösend. Nichtsdestoweniger halten die Weltgesundheitsorganisation und die amerikanische Umweltschutzbehörde den Einsatz dieser Gifte in geringen Mengen für ebenso unbedenklich wie auch europäische Behörden. Bereits das Saatgut wird mit Neonicotinoiden getränkt, wodurch auch die daraus wachsenden Pflanzen vergiftet werden, und letztendlich wird natürlich auch der Mensch in den Giftkreislauf der Chemie einbezogen. Während des Wachstums nehmen die Pflanzen das Gift also auf, das aus stabilen chemischen Verbindungen besteht, die sich nur äusserst schwach abbauen und folglich in die wachsenden Pflanzen übergehen. Vor allem wird mit Neonicotinoiden schon das Saatgut vergiftet, und zwar besonders

Raps, Sonnenblumen und Mais. Diese Insektizide sind für den menschlichen Organismus mehrfach viel giftiger als das berühmt-berüchtigte DDT, durch das so viel Unheil über unzählige Erdenmenschen gebracht wurde. Neonicotinoide werden in der Regel nicht punktuell, sondern häufig vorbeugend zur Anwendung gebracht, wodurch die ganze Sache noch sehr verschlimmert wird. Ein punktueller Einsatz hätte zwar geringere gesundheitsschädliche Folgen für den Menschen, doch bliebe der Schaden für die Gesundheit trotzdem sehr enorm bestehen. Quelle: <http://www.figu.org/ch/verein/periodika/sonder-bulletin/2014/nr-77/574-kontakt>

Ann. Billy: Auch in der Schweiz ist beim Lobbyismus, bei den Landwirten, Grossgärtnereien und im Bundesrat noch nicht durchgedrungen, dass Glyphosat nicht nur für die Natur und deren Fauna und Flora sowie auch für den Menschen ein gefährliches, Krankheiten hervorrufendes, gar tödliches und vernichtendes Gift ist. Wie käme es sonst, dass in absolut dummdämlicher, gewissenloser sowie krimineller, verantwortungsloser und gar verbrecherischer Weise dieses alles Leben beeinträchtigende und teils gar viele kleine und grössere Lebensformen der Fauna und Flora ausrottende und auch beim Menschen Krebs und andere Erkrankungen hervorrufende Toxin in seiner Konzentration von 0,1 Mikrogramm um das 3600-fache auf 360 Mikrogramm für dessen Anwendung in der Natur und deren Fauna und Flora liederlich, rücksichtslos und skrupellos erhöht wird, wie dies Bundesrätin Doris Leuthard verkündet. Dadurch wird das Ganze der gesundheitlichen Beschwerden und zusätzlichen Massenerkrankungen erst recht gefördert und in die Höhe getrieben, wie auch das Sterben und Aussterben diverser Gattungen und Arten der Fauna und Flora. Doch leider kann gegen gewissenlose und verantwortungslose Beschlüsse von Regierenden vom Volk mit Verstand und Vernunft nicht angegangen werden, weil das Gros selbst sich keine tiefgreifende Gedanken um diese wichtigen Probleme macht – auch in bezug auf viele andere – und einfach alles geschehen lässt, was von gewissen verantwortungslosen Elementen der Obrigkeit diktiert wird, wie es auch nicht auf die Ausführungen und Warnungen jener verstand- und vernunftträchtigen Bürger und Bürgerinnen hört, denen die effektiven Gefahren einer Sache bekannt sind und diese für die Bevölkerung offen nennen und verbreiten. Doch selbst dann, wenn sich die Warnungen mit der Zeit bewahrheiten, wird von den Obrigkeiten und den Bevölkerungen im alten Stil weitergemacht und damit alle Not, alles Elend, alle Zerstörungen, Vernichtungen und Ausrottungen weitergetrieben. Und das ist leider auch so in der Schweiz, auch hinsichtlich der Nutzung des gefährlichen, gesundheitsschädlichen, zerstörenden, vernichtenden Toxins Glyphosat, das natur- und florerzerstörend wirkt und viele Lebensformen der Fauna ausrottet sowie die Menschen vergiftet, sie krank macht und dem Sterben und Tod überliefert.

Es kommt noch schlimmer

KLIMAWANDEL Die alarmierendsten Studien zum Klimawandel sind die genauesten. Das haben kalifornische Wissenschaftler festgestellt.

Die Klimaforscher Patrick Brown und Ken Caldeira sehen einen viel schlimmeren Klimawandel voraus als bisher angenommen. Die Forscher der Carnegie Institution for Science in Stanford in Kalifornien haben die gängigen Modelle zur Entwicklung des Weltklimas verglichen und ihre Vorhersagen in den vergangenen Jahren auf Genauigkeit anhand der konkreten Wetteraufzeich-

nungen überprüft. Dabei sind sie zu einem erschreckenden Ergebnis gekommen: Die Modelle mit den gravierendsten Vorhersagen über die Entwicklung mit CO₂-Belastung und anderen Treibhausgasen waren die genauesten.

Nach den untersuchten Studien wird die Temperatur auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts zwischen 3,2 und 5,9 Grad Celsius über den Stand vor der Industrialisierung ansteigen – wenn die Menschheit nichts dagegen tut.

Brown und Caldeira prüften die Modelle darauf, wie genau sie in der jüngsten Vergangenheit die Temperaturen und die Wetterla-

gen vorhergesagt hatten. Sie benutzten dazu Satellitenbilder und die Stärke der Sonnenstrahlung, die in die Erdatmosphäre eindringt und sie wieder verliert. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Temperaturen im Jahr 2100 um mehr als 4 Grad Celsius höher sein werden als jetzt, liegt nach ihren Berechnungen bei 93 Prozent. In der Klimawissenschaft herrscht derzeit Konsens, dass die Wahrscheinlichkeit für einen solchen Temperaturanstieg nur bei 62 Prozent liegt. Eine so starke Erwärmung würde das Versinken kleiner Inseln durch Anstieg des Meeresspiegels beschleunigen,

Korallenriffe noch schneller sterben lassen und Hitzewellen mit Dürren und Waldbränden bringen.

Andere Forscher wie Ben Sanderson vom National Center for Atmospheric Research in Colorado kritisieren, Brown und Caldeira hätten übersehen, dass die untersuchten Modelle meist von den gleichen Daten ausgegangen seien. Bereits kleine Fehler würden sich so in allen Studien niederschlagen und die Ergebnisse verfälschen. Es gebe nicht genug Klimamodelle, um von zuverlässigen Mittelwerten auszugehen.

John Dyer, Boston

Bäckereien bewerben glyphosاتفreien Weizen – aus Russland!

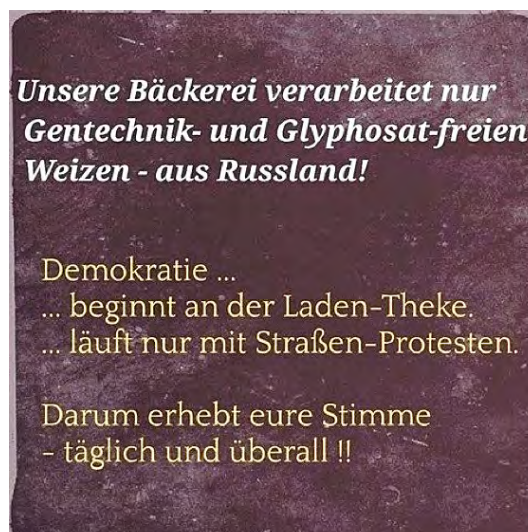
Simone Oppermann; tierschutzpartei.de; Mi, 06 Dez 2017 08:14 UTC



Bäckereien machen gegen Glyphosat mobil (gesehen in Hannover)

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern und die Bäcker verkünden es auf ihren Werbetafeln (gesehen in Hannover):

«Der jetzige Zustand ist untragbar und zeigt den Abstand der Politik von den Sorgen und Problemen ihrer Wähler. So kann Politik nicht weitergehen.»



Unsere Bäckerei verarbeitet nur Gentechnik- und glyphosاتفreien Weizen – aus Russland!

Quelle: <https://de.sott.net/article/31920-Backereien-bewerben-Glyphosat-freien-Weizen-aus-Russland>

Innenministerium bestätigt: Bundesregierung hat bereits 45 000 Flüchtlinge eingeflogen

28. November 2017; Von Stefan Schubert



Wertvolle «Fracht» an Bord (Foto: Durch Carlos E. Santa Maria/Shutterstock)

Der Skandal um eingeflogene Flüchtlinge weitet sich aus. Nicht nur im Rahmen des EU-Relocation-Verfahren hat die Bundesregierung bereits tausende Flüchtlinge mittels Chartermaschinen direkt nach Deutschland eingeflogen, das Bundesinnenministerium musste nun nach parlamentarischer Anfrage die Anzahl der zusätzlich eingeflogenen Flüchtlinge auf insgesamt 45 000 eingestehen.

In der Drucksache 19/45 veröffentlicht der Deutsche Bundestag die Antworten auf schriftliche Anfragen der Parlamentarier.

In der 8. Stellungnahme des «Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Inneren» geht es um eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner. Um jegliche Fehlinterpretation auszuschliessen, werde ich die Frage und die entsprechende Antwort des Bundesinnenministeriums wörtlich zitieren:

Abgeordneter Stephan Brandner (AfD)

Wie viele Flüchtlinge und/oder Asylbewerber und Familienangehörige derselben wurden seit 2013 jeweils jährlich mit zivilen Passagierflugzeugen auf Anweisung der Bundesregierung und/oder militärischen Transportflugzeugen in die Bundesrepublik Deutschland gebracht, und welchen verschiedenen Zwecken diente jeweils die Überstellung?»

Geantwortet auf diese Anfrage hat die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Dr. Emily Haber:

«In den Jahren 2013 bis 2017 fanden folgende unter Mitwirkung der Bundesregierung organisierte Einreisen von Asylsuchenden oder Schutzbedürftigen auf dem Luftweg nach Deutschland statt (Stand: 2. November 2017). Militärische Transportflugzeuge der Bundeswehr wurden nicht genutzt:

1. Umverteilung von Asylantragstellern (Relocation)

2015	21 Personen
2016	1078 Personen
2017	8067 Personen

2. Neuansiedlungen (Resettlement)

2013	279 Personen
2014	280 Personen
2015	511 Personen
2016	1239 Personen

3. Humanitäre Aufnahme

2013	801 Personen
2014	3470 Personen
2015	1804 Personen
2016	keine Aufnahmen
2017	2737 Personen

4. Dublin-Verfahren

Daneben gab es folgende Überstellungen nach Deutschland aufgrund der Dublin-Verordnung. Die Überstellungen erfolgen meist auf dem Luftweg, aus unmittelbar angrenzenden Mitgliedstaaten auch auf dem Landweg, selten auch auf dem Seeweg:

2013	1904 Personen
2014	2275 Personen
2015	3032 Personen

2016 12 091 Personen
Jan. bis Sept. 2017 6155 Personen»

Bundesregierung fliegt 45 766 Flüchtlinge ein

Addiert man die durch das Bundesinnenministerium eingeräumten Zahlen, ergibt sich die Zahl von 45 766 Flüchtlingen, die auf Anweisung der Bundesregierung aus allen Herren Ländern nach Deutschland eingeflogen wurden.

Inmitten des grössten Flüchtlingsstroms der letzten Jahrzehnte, weigert sich die Merkel-Regierung nicht nur beharrlich, die grundgesetzwidrige Masseneinwanderung zu stoppen und Deutschlands Grenzen konsequent zu kontrollieren und zu sichern, sondern die Bundesregierung fliegt auch noch zusätzlich Flüchtlinge aus aller Welt ein.

Kosten von 40 Millionen? Oder 50 Millionen? Oder noch mehr?

Zum politischen Irrsinn gesellen sich immense Kosten für den Steuerzahler. Wenn man diesen Donnerstag beispielsweise mit der Lufthansa von Athen nach München fliegen möchte (nur Hinflug), dann kostet dies 171,65 € in der günstigsten Variante. Die Mehrzahl der Flüge liegt aber deutlich darüber und schlagen mit bis zu 706 € zu Buche. Nur um einmal eine ungefähre Vorstellung über die anfallenden Kosten zu bekommen: Bei 45 766 Flüchtlingen würden in der günstigsten Variante 7 855 000 € Kosten entstehen, bei der teuersten Variante bereits 32 310 000 €.

Die Flüchtlinge werden jedoch meist mit Charterflugzeugen eingeflogen, welche die Flüge immens verteuern. Dazu entstehen Kosten durch begleitende Sanitäter, Ärzte, Dolmetscher, Sozialarbeiter, Bundespolizisten, BAMF-Mitarbeiter und so weiter.

Die Ausmasse werden immer grösser

Bereits in einem vorherigen Artikel habe ich diese Praxis der Bundesregierung stark kritisiert. Der Artikel «Geheime Polizei Dokumente: Bundesregierung fliegt Flüchtlinge mit Charterflugzeug aus Griechenland ein», hat im Internet hohe Wellen geschlagen.

Im Artikel heisst es: «Klotzen, nicht kleckern, lautet das Motto der Bundesregierung, wenn es um Flüchtlinge geht. Anstatt diese mit Sonderzügen oder klimatisierten Reisebussen aus Griechenland nach Deutschland umzusiedeln, werden diese zu Tausenden eingeflogen. Und nicht etwa in herkömmlichen Linienmaschinen, sondern in eigens gecharterten Flugzeugen ... Die Kosten dieser Charterflieger werden Millionen Steuergelder verschlingen, doch eine Information der Bürger über die Höhe der Kosten bleibt aus. Auch werden die Flüge und die anschliessende Verteilung der Flüchtlinge vollkommen im Geheimen durchgeführt. Die Öffentlichkeit erfährt nichts über die 8000 Eingeflogenen. Es werden keinerlei Informationen zu deren Staatsangehörigkeit, noch über deren religiöse Zusammensetzung bekannt. Auch die Anzahl der so ins Land verbrachten Männer hütet die Regierung wie ein Staatsgeheimnis.»

Was hat die Bundesregierung zu verheimlichen?

Durch die Anfrage des AfD-Abgeordneten Brandner wurde nun bekannt, dass der Skandal um eingeflogene Flüchtlinge noch grösser ist. Es scheint mittlerweile mehr Flüchtlings-Umsiedlungsprogramme als Fluglinien in Deutschland zu geben: Relocation, Neuansiedlung (Resettlement), Humanitäre Aufnahme und dann das Dublin-Verfahren, das die Bundesregierung de facto ausser Kraft gesetzt hat und nur noch wie eine Einbahnstrasse zu funktionieren scheint.

Rein kommen sie alle, ob mit Pass oder ohne, nur abgeschoben wird so gut wie keiner. Selbst für verurteilte afghanische Kinderschänder finden sich noch Linke, die gegen eine Abschiebung nach Kabul demonstrieren. Und in diesem epochalen Chaos fliegt die Bundesregierung noch zusätzliche 45 766 Flüchtlinge nach Deutschland ein.

Stefan Schubert, Ex-Polizist und Bestsellerautor, ist bundesweit als Experte für Themen rund um die innere Sicherheit bekannt. Sein aktuelles Buch lautet: «No-Go-Areas: Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert»

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/11/28/innenministerium-bestaetigt-bundesregierung-hat-bereits-45-000-fluechtlinge-eingeflogen/>

IOC: Russland wird weiter gedemütigt

Date: Dezember 7, 2017; Author: davidbergerweb (Gastbeitrag von Kopekenstudent)



(c) Alexandergusev (alexandergusev.com) [CC BY-SA 3.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>)], via Wikimedia Commons

Am 5. Dezember beschloss das IOC, Russland von den olympischen Winterspielen 2018 auszuschliessen. Eventuell dürften einzelne russische Athleten teilnehmen, so das Komitee, allerdings nur als «neutrale» Sportler, nicht aber unter russischer Flagge. Begründet wird dieser Schritt mit angeblichem Staatsdoping Russlands, für das bislang jedoch keine belastbaren Beweise vorliegen.

In Wahrheit handelt es sich um eine ungeheure Demütigung einer Nation, die ihren Stolz zu nicht geringen Teilen aus ihrer starken Physis gewinnt. Sport und sportliche Höchstleistungen geniessen in Russland sehr hohes Ansehen – was sich dahingehend auswirkt, dass der Trainingsanzug als Alltagskleidung nie wirklich verpönt war. Russland und Athletik gehören zusammen, wie Spanien und Flamenco. Was den Wintersport anbelangt, hat insbesondere Eishockey einen ähnlichen Stellenwert wie Fussball in Deutschland.

Russland von den Spielen auszuschliessen, trifft das Land hart. Es ist eine kulturell und moralisch verwerfliche politische Tat.

Nicht nur, weil allen Verantwortlichen durchaus bewusst ist, dass Athleten sämtlicher Nationen dopen. Nicht nur, weil zu Hochzeiten der Anabolika-Einnahme in den 1980er Jahren in ganz anderen Dimensionen gedopt wurde als heute. Was damals aber keinen interessierte, weil die Machtblöcke Ost und West einander die Waage hielten. Nicht nur, weil hier die jahrelange Lebensplanung von Athleten und deren Träume mit einem Handstreich zerstört werden.

Nein, die Demütigung, die Russland hier widerfährt, geschieht zusätzlich auf einer sehr subtilen Ebene, indem der Ausschluss impliziert, russische Athleten seien nur mit Hilfe von Doping zu Leistungen fähig, die ihre Sportkollegen aus dem «freien, demokratischen Westen» auch ohne diese Mittelchen erbrächten.

Damit wird der russische Mensch zu einem körperlich minderbemittelten stigmatisiert, was im Endeffekt als rassistisch gewertet werden muss.

Hinter der Demütigung steckt unverkennbar das politische Interesse, Russland weiter zu provozieren.

Es mag auch ein wenig Rache darin mitschwingen, dass es nicht gelungen ist, Russland die Fussball-WM 2018 wieder zu entziehen. Auch dieser fiebert das ganze Land seit Jahren entgegen. Und natürlich sind dem Westen siegreiche russische Sportler in den Medien momentan ein Dorn im Auge, nachdem er Russland trotz NATO-Osterweiterung, Truppenaufstockung und Angriffsszenario-Manövern nicht zu unüberlegten Schritten reizen, nachdem er Russland wirtschaftlich über Sanktionen nicht in die Knie zwingen konnte, nachdem er die Sezession der Krim von der Ukraine zähneknirschend hinnehmen musste und nachdem er in Syrien mehr als kläglich scheiterte, während Russland für sein Engagement die Lorbeeren einstreicht.

Unvergessen auch der unter westlicher Regieführung instruierte und gezielt eskalierte, blutige Maidan-Putsch vom Februar 2014 – just zu einem Zeitpunkt, als Putin nicht konnte, wie er wollte, weil er gezwungen war, sich im russischen Olympiawinter in Sotschi publikumswirksam friedlich und versöhnend zu zeigen. Dies sind überaus gemeine Methoden, denen etwas im schlechtesten Sinne Weibisch-Falsches anhaftet: Hinterfotzigkeit, Ränke- und Verleumdertum. Eine geradezu typische Verhaltensweise des sich aller positiven männlichen Eigenschaften entledigenden Westens.

Das IOC ist eine Nichtregierungsorganisation, die ihre Aussenwirkung schon in ihrer Frühzeit gegen politisch unliebsame Konkurrenten einsetzte.

So nutzte der zweite Präsident Pierre de Coubertin in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg seinen Einfluss zu

antideutscher Propaganda – was bei Lichte betrachtet unvereinbar mit der Idee der Völkerverständigung durch sportlichen Wettkampf war.

Mit NGOs aller Art haben vor allem jene Staaten schlechte Erfahrungen gemacht, die den imperialen Auswüchsen von NATO und finanzgetriebener Globalisierung im Weg sind. Russland bekommt nun zu spüren, wie weit die sogenannte westliche ›Wertegemeinschaft‹ zu gehen bereit ist. Schlimm, dass an der Spitze des IOC mit Thomas Bach letztlich ein Deutscher für diese unsägliche Entscheidung verantwortlich zeichnet.

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2017/12/07/ioc-russland/>



21:55 06.12.2017

Der ehemalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow hat sich am Mittwoch zur Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, bei der Wahl im kommenden Jahr erneut zu kandidieren, geäußert.

«Die Situation ist so, dass Russland viele Probleme hat. Sie ist international gesehen sehr kompliziert. Aus diesem Grund hat das Volk natürlich den Wunsch, sich abzusichern und sich nicht mit Entscheidungen zu beeilen», so Gorbatschow im Gespräch mit der Agentur RIA Novosti am Mittwoch.

Ihm zufolge ist Putin heute wirklich ›ein Anführer, der wohlverdient vom Volk unterstützt wird‹. ›Man muss das in Betracht ziehen, sich daran orientieren, daran, wie das Volk gestimmt ist‹, fügte er hinzu.

Am Mittwoch hatte Putin offiziell seine Kandidatur für die russische Präsidentschaftswahl angekündigt. Diese ist für den 18. März angesetzt. Obwohl der langjährige Amtsinhaber seine Kandidatur erst jetzt offiziell bestätigte, sehen ihn die Umfragen schon seit Monaten als einen haushohen Favoriten.

Putin hatte bereits 2000, 2004 und 2012 die russische Präsidentschaftswahl gewonnen. Bei einem Wahlsieg im nächsten Jahr würde der jetzt 65-Jährige das Amt des Staatschefs bis zum Jahr 2024 bekleiden.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20171206318590009-gorbatschow-putin-kandidatur/>

Kuba: Rätselhafte ›Schallwaffe‹ verursacht Hirnschäden

Fernando Calvo; Terra Mystica; Do, 07 Dez 2017 15:14 UTC

Ärzte haben bei einigen Opfern der mysteriösen akustischen Angriffe auf Kuba seltsame Hirnanomalien festgestellt. Dieses mysteriöse Phänomen wurde erst im August von der US-Regierung als solches erkannt – ganze neun Monate nach dem ersten Vorfall. Bisher gab es keine offizielle Erklärung dazu, und obwohl bereits das FBI, die US-Nachrichtendienste sowie US-Geheimdienste ihre Ermittlungen aufgenommen haben, konnten sie keinerlei Hinweise darauf finden, was die Ursache oder die Quelle für diese rätselhaften Symptome sind. Diese Angriffe, die auch mittels ›Schallwaffen‹ erfolgten, waren direkt auf die Hotelzimmer der US-Diplomaten gerichtet und riefen eine Reihe von Symptomen hervor, darunter Hörverlust, Tinnitus, Schwindel, Gleichgewichtsprobleme, visuelle Beschwerden, Kopfschmerzen, Müdigkeit, kognitive Probleme sowie Schlafstörungen. Aus diesem Grund zog die US-Regierung Anfang Oktober vorerst 60 Prozent ihres Botschaftspersonals aus Kuba ab und forderte ihre Bürger auf, Reisen in das Land zu meiden, was die Beziehungen zwischen beiden Ländern deutlich verschlechterte.

Jetzt haben Ärzte, die einige der Opfer untersucht haben, Veränderungen in den Abschnitten der Weissen Substanz (WS) entdeckt, die dafür verantwortlich sind, dass verschiedene Teile des Gehirns miteinander kommunizieren

können. Dies bestätigten verschiedene US-Behörden der britischen Tageszeitung *«The Guardian»* am gestrigen Mittwoch.

Obwohl man die Ursache weiterhin irgendeiner unbekanntem, zielgerichteten Akustikwaffe zuschreibt, ist es fraglich, ob dies auch tatsächlich der Fall ist. Zumal den Medizinern nicht bekannt ist, dass akustische Wellen solche Hirnanomalien verursachen können. Es wäre aber möglich, dass die Töne, die von den Opfern wahrgenommen wurden, tatsächlich eher ein Nebenprodukt von etwas völlig anderem waren.

Die Suche nach Antworten geht also weiter ...

Quelle: <https://de.sott.net/article/31922-Kuba-Ratselhafte-Schallwaffe-verursacht-Hirnschaden>

FIGU-Informationen zu Schallwaffen aus dem 251. offiziellen Kontakt vom 3. Februar 1995

Und in der weiteren Entwicklung entsteht dann wiederum eine gefährliche neue Waffe resp. deren zwei, wobei die eine allein durch ihren hohen und für den Menschen unhörbaren Schall absolut zerstörend auf alle Materie wirkt, während sie auf Lebensformen aller Art eine tödliche Wirkung aufweisen wird, also eine Ultraschallwaffe. Die zweite Waffe wird auf hochfrequenten Energien beruhen, die ebenfalls alles zu zerstören und zu töten vermag. (Quelle: <http://www.figu.org/ch/ufologie/kontaktberichte/kontaktbericht-251>)

Professor Rauscher beklagt das Aushebeln des Rechtsstaats – und sagt: «Wir schulden den Afrikanern und Arabern nichts»

Epoch Times; Aktualisiert: 6. Dezember 2017 7:31

«Wir kamen nach der Wende aus dem Westen, um den Rechtsstaat zu bringen; was ist daraus geworden!» Jura-Professor Thomas Rauscher zeigt sich in einem PP-Interview bestürzt über das Aushebeln des Rechtsstaats, so wie er es erleben musste und will *«nichts auf sich sitzen lassen»*.

Thomas Rauscher ist Professor und Direktor des Instituts für ausländisches und europäisches Privat- und Verfahrensrecht an der Universität Leipzig. Seit zwei Wochen steht er wegen Rassismus-Vorwürfen im Fokus massiver Kritik. Mitte November drangen linke Studenten in eine seiner Lehrveranstaltungen ein und forderten in ihren Protesten unter anderem die Universitätsleitung dazu auf, den Professor zu entlassen.

Anlass waren seine Äusserungen auf seinem privaten Twitter-Kanal, auf dem er schrieb, dass er mit dem Wunsch vieler Polen sympathisiere, nämlich nach *«einem weissen Europa brüderlicher Nationen»*.

Die deutsche Einwanderungspolitik kritisierte er auf Twitter zudem mit den Worten: *«Wir schulden den Afrikanern und Arabern nichts. Sie haben ihre Kontinente durch Korruption, Schlendrian, ungehemmte Vermehrung und Stammes- und Religionskriege zerstört und nehmen uns nun weg, was wir mit Fleiss aufgebaut haben.»*

Das Newsportal *«Philosophia Perennis»* hat mit Thomas Rauscher ein Interview geführt, in dem er seine vermeintlich rassistischen Aussagen näher erklärt und tiefere Einblicke in das Vorgehen gegen ihn an der Universität Leipzig gibt.

Seinen Ausspruch über Afrikaner und Araber erklärt er dabei folgendermassen:

«Es ist statistisch belegbar, dass Afrika an Überbevölkerung leidet; neueste Prognosen vom Gipfel in Abidjan diese Woche sprechen von einem Anwachsen von 1,2 Milliarden auf 2,5 Milliarden bis 2050.

Es ist historisch belegt, dass die Überzahl der in Afrika geführten Kriege Stammesfehden zum Ausgangspunkt haben und der derzeitige grosse Nahostkrieg ist die Fortsetzung der seit dem dritten Kalifen tobenden Feindschaft von Sunna und Schia. Und dass in jenen Staaten, aus denen die neuen Ströme der Wirtschaftsflüchtlinge kommen, totales Verwaltungsversagen (also staatlicher Schlendrian) herrscht und die Korruption und Selbstbereicherung der Staatsführung blüht, wurde einen Tag nach meinem Tweet erneut augenfällig durch den Putsch gegen Mugabe, der lange Jahre als «grossartiger Revolutionär» sakrosankt gegen Kritik war.

Ich habe übrigens zugleich auf Twitter auch die grossartigen Leistungen in vielen postkolonialen Staaten Asiens rühmend hervorgehoben; Indien, die Tiger-Staaten, Indonesien. Da bestehen diese Probleme bei weitem nicht im gleichen Mass und werden von klugen Politikern angepackt.»

Auf die Frage, welche Rückmeldungen er zu seinen Tweets und der Hörsaal-Aktion von Jura-Studenten, von Kollegen, von Nachbarn und Bürgern in Leipzig erhalten habe, antwortete er: *«Ausserhalb von Vorlesungen werde ich in nicht unbeträchtlicher Zahl von Jura-Studenten und sogar von Studenten anderer Fakultäten per Mail und persönlich angesprochen, die den Eingriff der Universität in meine Meinungsfreiheit unsäglich finden –*

völlig unabhängig von der eigenen Anschauung.

Auch Alumni haben sich mit unterstützenden Mails gemeldet, darunter auch frühere Studenten aus islamischen Staaten, welche die staatliche und gesellschaftliche Situation ihrer Heimatländer genauso sehen wie ich.»

Was seinen Kollegenkreis betrifft, da wurde Rauscher aus internen Mail-Verteilern entfernt und die Kollegen hätten sich **«hinter meinem Rücken»** zu einer Stellungnahme gegen ihn **«im Namen der Fakultät»** verabredet, sagt er im Interview. Die Stellungnahme steht auf der Web-Seite der Fakultät.

«Die von mir geforderte Gegendarstellung wurde nun schon 8 Tage lang verweigert. Kein einziger Kollege hat mit mir gesprochen», kritisiert Rauscher.

Dagegen habe er von Mitbürgern über 200 Mails und Briefe erhalten, von denen nur fünf ablehnend waren.

Rauscher sagt: **«Hervorheben will ich, dass unter den die Meinungsfreiheit verteidigenden keine einzige Zugschrift rechts-aggressiv war; sehr ruhig, sachlich, aber in hohem Mass kritisch und besorgt formulierende Menschen aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, darunter Professoren anderer Fakultäten. Besonders bewegen mich zahlreiche Zuschriften von Mitbürgern, die in der ehemaligen DDR gelebt haben und im Verhalten des Wissenschaftsministeriums, der Unileitung und des Senats die ihnen von damals bekannten Unterdrückungsmuster wiedererkennen. Das ist für mich bestürzend.**

Wir kamen nach der Wende aus dem Westen, um den Rechtsstaat zu bringen; was ist daraus geworden!»

Der Jura-Professor wird gegen alle gegen ihn angekündigten Massnahmen klagen und erklärt: **«Was ich gesagt habe, ist nicht entfernt strafwürdig und von der Meinungsfreiheit gedeckt; vieles, wie die Problematik der «Fluchtursachen» wäre sogar im Hörsaal von der Wissenschaftsfreiheit gedeckt.»**

Rauscher geht davon aus, dass **«entweder eine unförmliche beamtenrechtliche Ermahnung oder ein Verweis ausgesprochen wird.»**

Rauscher: **«Auch gegen solche Massnahmen werde ich klagen und dann haben wir schon in 9–10 Jahren eine letztinstanzliche Entscheidung. Dann sind zwar alle Akteure längst im Ruhestand, aber Verwaltungsgerichte in Deutschland sind nun einmal überlastet. Ich lasse da aber nichts auf mir sitzen; hätte man mit mir gesprochen, hätte es sicher eine Vergleichslösung gegeben.»**

Auf die abschliessende Frage, wie er die Zukunft Deutschlands und Westeuropas kurz- und mittelfristig sehe, antwortete der Jurist: **«Der Präsident des BND hat letzte Woche von einer Milliarde potentiell Migrationswilliger gesprochen; diese Zahl halte ich für realistisch. In Bangladesch wurde ich 2016 auf der Strasse angesprochen, ob man als Muslim gut nach Deutschland kommen könne, wie viele hier schon seien. In der Zeitung in Dhaka wurde werbend von den «Fluchtrouten» aus der Türkei berichtet. In Afrika ist der Migrationsdruck noch viel grösser. Das heisst: Wenn auch nur ein Teil dieses Migrationspotentials nach Europa kommt, gibt es das Europa, wie wir es kennen, nicht mehr.»**

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/professor-rauscher-beklagt-das-aushebeln-des-rechtsstaats-und-sagt-wir-schulden-den-afrikanern-und-arabern-nichts-a2285905.html>

Sahra Wagenknecht kritisiert Schulz Europa-Vorstoss

Epoch Times; Aktualisiert: 7. Dezember 2017; 18:45

Die SPD brauche zwar Visionen, **«aber es sollten ansprechende und attraktive sein»**, sagte die Fraktionschefin der Linken Sahra Wagenknecht. Die Souveränität der einzelnen europäischen Länder sei ein hohes Gut.



Sahra Wagenknecht; Foto: über dts Nachrichtenagentur

Sahra Wagenknecht (Linke) hat den Vorstoss des SPD-Vorsitzenden Martin Schulz für die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa kritisiert.

Die SPD brauche zwar Visionen, **«aber es sollten ansprechende und attraktive sein»**, sagte die Fraktionschefin der Linken der **«Welt»**.

«Eine europäische Einheitsregierung in den Händen der demokratiefernen Brüsseler Lobbykratie dagegen dürften die meisten Menschen eher als Bedrohung empfinden», so Wagenknecht.

«Die Souveränität der einzelnen europäischen Länder ist kein zu überwindender Anachronismus, sondern ein hohes Gut, denn sie ist die Bedingung für Sozialstaatlichkeit und Demokratie», sagte die Linken-Politikerin weiter. Die grosse Idee eines in seiner Vielfalt und kulturellen Unterschiedlichkeit einigen Europa, in dem kein Land dominiert und anderen seine Vorstellungen aufzwingen könne, bleibe aktuell. (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-kritisiert-schulz-europa-vorstoss-a2288615.html>

FIGU-Informationen hierzu

Ptaah: Tatsächlich werden in geheimer Weise schon seit geraumer Zeit unter den Mächtigen der EU-Diktatur Pläne geschmiedet und ausgearbeitet, die darauf tendieren, erst in indirekter, dann jedoch in direkter Weise bestimmend in die Parlamente aller EU-Diktaturstaaten einzugreifen. Der bis anhin noch geheime Plan entspricht erstens dem Zweck eines heimtückischen Eingreifens in die Parlamente der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, und zwar in der Weise, alle zu beschliessenden Staatsgeschäfte gemäss den Formen der EU-Diktatur zu verabschieden. Zweitens ist in den geheimen Plänen bereits festgesetzt, dass aus dieser ersten Massnahme die zweite hervorgehen und darauf ausgerichtet sein soll, die gesamten Regierungssysteme aller EU-Mitgliedstaaten auf die absolut autoritären, repressiven und totalitären EU-Diktaturformen auszurichten, wodurch alle der EU-Diktatur angeschlossenen Staaten ihre Souveränität verlieren sollen. In dieser Weise – wenn sich die EU-Diktatur durchsetzen kann – ist als letzte Folge die absolute Unterwerfung der Regierungen aller EU-Mitgliedstaaten unter die direkte EU-Diktaturmacht in Brüssel geplant, folgedem dann kein EU-Mitgliedsland mehr selbständig existieren wird. Dadurch werden alle Staaten – die sich der EU-Diktatur anschlossen haben und diese sich gemäss ihren geheimen Plänen verwirklichen kann – zu Satellitenstaaten resp. Vasallenstaaten und damit zu Kleinstaaten, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zur totalitären EU-Diktatur befinden und absolut in deren Suzeränität eingebunden sein werden, ohne sich noch daraus befreien zu können. Und kommt es dazu, dass das Ganze dieses geheimen Planes verwirklicht wird, dann bildet sich die EU-Diktatur zu einer absolut europabeherrschenden sowie militärisch weltgefährdenden Grossmacht. Also wären alle EU-Diktaturstaaten nur noch formal unabhängig und würden politisch direkt von der suzeränen und totalitären EU-Diktatur geknechtet. Und gelingen den EU-Diktaturmächtigen diese arglistigen, ruchlosen und hinterhältigen Ränke und die Verschlagenheit, dann werden alle EU-Diktaturmitgliedsstaaten letztendlich effektiv nur noch Scheinstaaten mit Scheinregierungen sein, die, umfänglich direkt von den EU-Diktaturmächtigen in Brüssel geknechtet, nur noch das zu tun haben, was ihnen befohlen wird. Dabei wird dann von der EU-Diktatur gebieterisch kein Widerspruch mehr geduldet werden und die diktatorischen Regierungs- und Verwaltungsmassnahmen uneingeschränkt bei der EU-Diktatur-Vorherrschaft liegen. ...

Ptaah: Es ist absolut fraglos und zweifellos, dass alles tatsächlich so ist wie du sagst, wobei du die Politikerin Sahra Wagenknecht des Rechens hervorhebst, denn diese Frau sieht in jeder Hinsicht die effektiven Fakten richtig und steht auch in jeder Beziehung mutig dafür ein. Dafür wird sie jedoch infolge der Dummheit der wirklichkeitsfremd-naiven und machtbesessenen Merkel und ihren ihr hörigen Vasallen beschimpft und dadurch lächerlich zu machen versucht, indem die Merkelanhänger die effektiven Fakten verdrehen und falsch darstellen, um dadurch viele zu irritieren und auf ihre Seite zu ziehen. Doch auch jene Schotten, von denen du sprichst, sind bezüglich der Wahrheitserkennung in bezug auf die EU wirklich dumm und vermögen weder zu erkennen noch zu verstehen, wie diktatorisch gefährlich und hinterhältig die EU-Diktatur wirklich ist. Bezüglich der EU selbst vermögen die diktatorisch Mächtigen nicht zu verkraften, dass das Gros der englischen Bevölkerung die Europäische Union als Diktatur erkannt und für einen Austritt aus dieser gestimmt hat. Tatsächlich konnte nichts Besseres getan werden und damit unter Umständen auch der Anfang dafür geschaffen werden, dass auch Bevölkerungen anderer Staaten, die sich der EU-Diktatur anschlossen haben, sich wieder von dieser befreien, besonders eben dann, wenn besonnene Regierende dieser Staaten die notwendigen Schritte für einen Bruch mit der EU-Diktatur unternehmen. Tatsache ist beim Ganzen auch, dass schon seit geraumer Zeit grosse Bevölkerungsteile diverser EU-Diktaturländer die EU-Mitgliedschaft bereuen und wieder aus der Diktatur austreten möchten, was aber leider von Dummen aus der Bevölkerung sowie von den machtbesessenen Regierenden verhindert wird.

Billy: Vielleicht kommt eine Zeit, in der durch schlechten Rat die ganze EU-Diktatur flötengeht und alle ihre dumm-dämlichen Anhänger und Befürworter sich vor Wut in den eigenen Hintern beissen. Aber lassen

wir das, ...

(Quelle: «Die EU-Diktatur – Aufklärende Fakten der FIGU», siehe <https://shop.figu.org/schriften/gratisschriften/die-eu-diktatur-aufkl%C3%A4rende-fakten-der-figu>)

AfD-Chef Gauland im Interview: «Wer weiss, welche Torheiten die Regierenden in Zukunft begehen»

Epoch Times; Aktualisiert: 29. November 2017 10:15

«Ich will nie einem CDU-Mann oder einem Grünen oder einem SPD-Mann die Hand geben. Denn die haben mich im Wahlkampf behandelt wie den letzten Dreck.» In einem Interview mit dem Tagesspiegel geht AfD-Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland auf höchst brisante Fragen über die AfD und über ihn selbst ein.



Alexander Gauland; Foto: Sean Gallup/Getty Images

«Der Tagesspiegel» führte ein ausführliches Gespräch mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland. Im folgenden finden Sie einige Auszüge aus dem Interview:

Herr Gauland,

Sie lehnen (im Gegensatz zur FDP) ein Einwanderungsgesetz ab? Das würde doch zu einer Begrenzung von Zuwanderung führen.

Ich sehe überhaupt kein deutsches Interesse an einem Einwanderungsgesetz. Wenn man überhaupt darüber nachdächte, müsste es ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild geben. Aber ich fürchte, in der Praxis ist so ein Gesetz in Deutschland nicht durchzusetzen.

Welche Zahl würde Ihnen denn vorschweben?

Wir brauchen überhaupt keine Zuwanderung. Wir halten bekanntermassen eine Obergrenze von null für richtig.

Heute fliehen Hunderttausende Menschen aus dem Bürgerkrieg in Syrien.

Ja, aber die haben subsidiären, einen vorübergehenden Schutz und sie müssen wieder zurück, wenn der Bürgerkrieg endet. Deswegen ist der Familiennachzug ja auch völliger Unsinn. Die sollen sich hier gar nicht integrieren. Das wollen wir nicht, denn es widerspricht dem Charakter des vorübergehenden Schutzes.

Sie sehen die AfD als bürgerliche Kraft. Wie wollen Sie die Partei anschlussfähig machen, um Mehrheiten für Ihre Positionen zu bekommen?

Ich will die AfD nicht anschlussfähig machen. Um Gottes willen.

Aber dann nehmen Sie in Kauf, dass Sie lange Zeit mit Ihren Forderungen in der Opposition bleiben?

Das muss nicht sein. Mir geht es darum, dass eine Koalition nur in Frage kommt, wenn man auf Augenhöhe verhandelt. Und da sind wir mit unseren knapp 13 Prozent bei der Bundestagswahl noch nicht. Aber wir glauben, dass die Politik der anderen Parteien so falsch ist, dass immer mehr Menschen uns wählen. Und wenn wir dann eine bestimmte Stärke erreicht haben, können wir auch Verantwortung übernehmen.

Aber in absehbarer Zeit wird die von Ihnen beschworene Augenhöhe wohl nicht zu erreichen sein.

Es hätte auch niemand gedacht, dass Frau Merkel die Torheit begeht und eine Million Menschen in dieses Land lässt. Das hat uns als Partei gross gemacht. Wer weiss, welche Torheiten die Regierenden in Zukunft begehen. Und das Wählerverhalten ist volatil. In Sachsen ist die AfD inzwischen stärkste Partei. Da kann es schnell passieren, dass jemand von der AfD Ministerpräsident wird. Das ist dann Augenhöhe. Da kommt es dann darauf an, wie die anderen sich verhalten.

Eine Kooperation kommt für die anderen Parteien schon wegen des Geschichtsbildes der AfD nicht in Frage. Im September haben Sie bei Ihrer Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen der AfD davon gesprochen, ein Recht zu haben, stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen zu sein. Wollen Sie das Grauen, das Deutschland über Europa gebracht hat, glorifizieren?

Das Grauen war furchtbar, aber ich will den Angehörigen derer, die dort gekämpft haben, zumindest im Nachhinein das Gefühl geben, dass ihre Väter und Brüder nicht nur Falsches gemacht haben. Nach der Rede sind mir alte Mütterchen um den Hals gefallen, die nun die Bilder ihrer Väter und Brüder wieder respektvoll und dankbar ansehen können.

Müsste sich die AfD aus Ihrer Sicht stärker gegen völkische und nationalistische Tendenzen in der Partei abgrenzen?
Ich weiss gar nicht, was völkische und nationalistische Tendenzen sind.

Wollen Sie den Islam bekämpfen?

Wir wollen keine Minarette, wir wollen keine Muezzin-Rufe, wir wollen keine Veränderung dieses Landes im Sinne des moslemischen Glaubens. Das steht im Programm und das bleibt auch so.

Sie haben nicht den Eindruck, dass Sie sich radikalisiert haben?

Nein. Ich habe aber den Eindruck, dass es die Gefahr gibt, dass sich Menschen radikalisieren, weil sie ununterbrochen angegriffen werden. Vor allem in den Wahlkämpfen. Manche Menschen haben inzwischen eine Reaktion entwickelt: «Ich will nie einem CDU-Mann oder einem Grünen oder einem SPD-Mann die Hand geben. Denn die haben mich im Wahlkampf behandelt wie den letzten Dreck oder wie Nazis. Und wir sind Rassisten genannt worden.» Das gilt für alle, mich eingeschlossen. Ich habe auch einen Teil meiner Freunde verloren, einen Teil meiner Familie.

Sie klingen verbittert. Liegt das auch daran, dass Sie die CDU verlassen haben, weil Sie dort mit Ihren Ansichten nicht mehr durchkamen?

Das hat mit verbittert gar nichts zu tun. Ich hatte in meinem Leben Erfolg. Ich kann der CDU nichts vorwerfen. Mein Gott, ich bin Spitzenbeamter geworden, Staatssekretär, warum soll ich der CDU etwas vorwerfen? Ich bin nie irgendwie belastet gewesen, in der Karriere gehemmt worden. Nichts davon. Warum sollte ich der CDU aus persönlichen Gründen kritisch gegenüberstehen? Ich stehe ihr politisch kritisch gegenüber. Die CDU wird genauso untergehen wie es bei der Democrazia Cristiana in Italien war. Ich glaube, dass Frau Merkel die CDU in einer Weise geistig (Anm. bewusstseinsmässig) entleert hat, ausgehöhlt hat, dass diese Partei irgendwann zusammenklappen wird. Aber ich mit meinen 76 Jahren werde das wahrscheinlich nicht mehr erleben.

Das gesamte Interview finden Sie hier: DER TAGESPIEGEL (mcd)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/afd-chef-gauland-im-interview-wer-weiss-welche-torheiten-die-regierenden-in-zukunft-begehen-a2280449.html>

Rettet uns vor der Windkraft!

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 7. Dezember 2017; Von Gastautor Robert Niebach

Schier sprachlos ist man über die Lethargie unserer Gesellschaft angesichts des Grössenwahns unserer Polit-Klasse. Merkels Energiewende zerstört riesige, dringend benötigte Natur- und Erholungsräume. Der Flächenbedarf von Windkraftanlagen übertrifft schon heute jedes vernünftige Mass. Doch damit nicht genug: Von momentan 2,5 Gigawatt soll die Kapazität deutscher Windkraftanlagen nun auf 25 Gigawatt jährlich aufgerüstet werden. Dabei ist eine Wirkung von Windkraft aufs Klima nachweislich nicht vorhanden.

Beispiel Uckermark, vor den Toren Berlins: Die Website des Landkreises wirbt mit unverbrauchten Naturlandschaften, Naturschutz, Artenvielfalt, kleinen Dörfern und einem eigenen Menschenschlag. Angesichts der landschaftlichen Zerstörung, die die Windkraftanlagen der Region angerichtet haben, sind dies zunehmend Wunschträume. Doch wenn man als Bürger den Zuständigen seine berechtigten Sorgen vorträgt, erntet man nichts als Schweigen im Walde. Region Prenzlau: Im Laufe von 10 Jahren ist hier auf einer Fläche von etwa 30 mal 40 km ein alle Dimensionen sprengender Windpark entstanden. Die Profite streichen einige wenige Vermögende ein. Den Preis hingegen zahlt die Allgemeinheit. Die Anlage wird nun beständig weiter verdichtet. Die Menschen hat man dabei vergessen. Schon heute findet man in der Region kaum einen Hügel ohne Windkraftanlage. Eine drehende unruhige Landschaft wurde künstlich aus dem Boden gestampft. Am Tag blinken die Räder weiss; des nachts sieht man tausende geisterhaft blinkender, roter Pylone, Reih an Reih. Das Bild gleicht einem Endzeits-

szenario. Hinzu kommt der ständig pulsierende, körperlich wahrnehmbare Infraschall. 365 Tage, das 24 Stunden, ohne Pause.

Diese Form der Weltverbesserung bleibt nicht ohne Wirkungen auf die Ansässigen. Die äussern sich in hohen Krankenständen, Schlaflosigkeit, Depressionen und drohendem wirtschaftlichen Niedergang. Anwohner verlassen ihre Häuser nur noch ungern. Man freut sich auf trübe Tage, an denen der Nebel den Schall der Anlagen dämpft. Es steht zu erwarten, dass 350 000 der ärmsten Bürger durch die sogenannte Energiewende wegen unbezahlbarer Energiepreise vom Stromnetz getrennt werden. Vergrössert wird die soziale Katastrophe durch die weiter explodierenden Stromkosten, die in Deutschland schon heute höher liegen, als in jedem anderen Land Europas. Die Armen werden sich zunehmend nicht mehr in der Lage finden, am allgemeinen Leben teilzunehmen. Es ist ein einziges Trauerspiel und die einzige Rolle des Landesamts für Umwelt darin ist, die berechtigten Einwände der Bürger abzuwehren.

Vor 20 Jahren war die Region noch unberührt vom Windkraft-Wahn. Man erinnert sich an einen einmalig schönen Sternenhimmel, der den Blick auf die Milchstrasse freigab. Der Komet Hale-Bopp zog seinen Schweif durch das nächtliche Firmament. Heute hingegen ist die Landschaft ein einziger Alptraum. Von einst 20 Rotmilanen ist kein einziger geblieben. Nur noch ein paar Meisen und wenige Schmetterlinge haben sich halten können. Schmerzlich vermisst man den schönen Dompfaff, die Nachtigall, das Rotkehlchen und die Fledermaus. Die Vogel- und Fledermausbestände sind zu Gunsten eines trügerischen Fortschritts dezimiert. Zum Ausbau der Windräder walzen tausende Schwerlaste durch schlaglochübersäte Strassen und der Verwahrlosung preisgegebenen Dörfer. Mit ihrem Feinstaub und ihren Dieselabgasen ruinieren sie auch noch das letzte Reinluftgebiet.

Viele der Windkraftanlagen erreichen vorzeitig ihren Lebensabend. Die Triebköpfe verschleudern Öle und Fette auf die darunter liegenden Ackerböden. Kontaminierte Trinkwasserbrunnen sind keine Seltenheit mehr.

Die Zuständigen in Rathäusern, Gemeinderäten und Umweltämtern müssen sich in Erinnerung rufen, dass ihre Verantwortung dem Volk gegenüber bleibt. Sie können sich nicht einfach davonstellen. Wenn sie einmal in Rente gehen, werden sie ein riesiges Umweltdesaster hinterlassen. Bewusst steuern sie in eine Zukunft von unwiederbringlich vernichteten Landschaften, gesäumt von tausenden stillgelegten Windrädern.

Um es mit Heine zu sagen: Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.

Nachtrag: Die Daten der Staatlichen Vogelschutzwarte des Landesamts für Umwelt Brandenburg sind erschreckend. Ihnen zufolge haben deutsche Windräder bis zum März 2016 fast dreitausend Fledermäuse getötet – Dunkelziffer unbekannt. Damit lag die Zahl in Deutschland fast genauso hoch wie in allen anderen Ländern Europas zusammengekommen.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/12/07/rettet-uns-vor-der-windkraft/>

«Die Sache stinkt zum Himmel» Beim Schüren von Ressentiments und der Verbreitung von Kriegshetze kennen die Eliten kein Halten mehr

Dienstag, 28. November 2017, 12:48 Uhr; von Margaret Kimberley

Die Russophobie in den USA wird immer abstruser. Demokraten suchen wie besessen nach Beweisen für die Einmischung Moskaus in den Präsidentenwahlkampf 2016. Das Recht auf freie Meinungsäusserung wird ausgehöhlt.

Die Propaganda-Kampagne, die in den USA gegen die Russische Föderation und ihren Präsidenten Wladimir Putin geführt wird, hat das Stadium vollendeter Perversion erreicht. Es ist nahezu unmöglich, eine abweichende Meinung zu äussern, die akzeptiert oder als erwägenswert erachtet würde. An vorderster Front kämpfen Demokraten darum, diese zum Schweigen zu bringen oder zu zensieren – unter dem Beifall von Leuten, die sich ansonsten für progressiv halten.

Die Autorin dieses Kommentars wurde zweimal von «Radio Sputnik» interviewt. Das sollte eigentlich nicht der Rede wert sein, aber in der gegenwärtigen russophoben Stimmung, die von Konzernmedien und Politikern aus den Reihen der Demokraten geschürt wird, ist es riskant, dies anzumerken. «Sputnik International» ist eine Sendeanstalt der russischen Regierung, so wie die BBC ein im Auftrag der britischen Regierung agierendes Staatsmedium ist und CBC eines der kanadischen Regierung. Aber wer oder was auch immer einen Bezug zu Russland aufweist, wird zum Ziel bigotter Angriffe.

Marcus Ferrell war bis vor kurzem Mitarbeiter im Wahlkampf-Team von Stacey Abrams, die für das Amt des Gouverneurs im Bundesstaat Georgia kandidiert. Er trat zurück, nachdem die Tageszeitung «Atlanta Journal

Constitution» berichtet hatte, dass er als Gast im Sputnikprogramm «By Any Means Necessary» aufgetreten ist. Ferrel hatte mit keinem Wort Russland erwähnt. Gesprächsthema waren die konföderierten Denkmäler. Die Angst ist jedoch so gross, dass er sich zum Rücktritt gezwungen sah. Seine Chefin machte keinerlei Anstalten, sich gegen den Strom zu stemmen und sie hat ihn auch nicht verteidigt.

Jeden Tag wird dieser Scheinskandal wieder aufgewärmt. Twitter kündigte an, keine Anzeigen mehr von Sputnik und RT (vormals bekannt unter dem Namen Russia Today) zu schalten. Sputnik hat zwar nie auch nur eine Anzeige bei Twitter gekauft, doch wer schert sich um Fakten, wenn gekünstelte Empörung derart wohlfeil zu haben ist. Es waren Demokraten, die von Facebook und Twitter verlangt haben, nicht länger wahrheitsgemäss über osteuropäische Clickbait-Massnahmen zu sprechen und sich stattdessen der Hexenjagd ihrer Partei anzuschliessen. So wird uns jetzt erzählt, russische Facebook-Beiträge zur Beeinflussung der amerikanischen Politik hätten in einem Zeitraum von zwei Jahren 126 Millionen Menschen erreicht. Natürlich erfährt man erst am Ende dieser Story, dass nur einer von 23 000 Beiträgen tatsächlich jemanden erreicht habe. Dieser Fakt ist zu unbequem und würde für schlechte Schlagzeilen sorgen.

Während die Social-Media-Giganten dem Marschbefehl folgen, produzierte das vom Staat und von Unternehmern geförderte Public Broadcasting System (PBS) seinen zweiten Anti-Putin Dokumentarfilm in zwei Jahren. Erstmals 2015 in «Putin's Way» (Putins Weg) und nun auch in «Putin's Revenge» (Putins Rache) übertrumpfen sich sogenannte Experten gegenseitig in anti-russischer Hetze. PBS scheint keine Experten finden zu können, die Gegenargumente vorbringen.

Während die Konzernmedien wetteifern, wer das Land am schnellsten verdummen kann, beginnen die Mühlen der Justiz zu mahlen, um Trump seines Amtes zu entheben. Russland soll als Vorwand herhalten. Trumps ehemaliger Wahlkampfmanager Paul Manafort wurde wegen Steuerhinterziehung angeklagt. Seine Anklage ist nur der Anfang der parteiübergreifenden Bemühungen, Trumps Präsidentschaft zu beenden. Man hofft, das Geschäft der Elite fortzusetzen, ohne durch den Mann behindert zu werden, der nicht gut ist für die Marke Neoliberalismus.

Den Liberalen ist nichts wichtiger, als Trump aus dem Amt zu entfernen. Ihr kindisches politisches Verständnis wurde durch Hillary Clintons Niederlage auf den Kopf gestellt und sie sind seitdem nicht mehr die Gleichen. Sie sind besessen vom Mann, den sie hassen. Man hat ihren Hass stetig genährt, was ihre Illusionen über das Scheitern der Demokratischen Partei erklärt und darüber, dass Millionen ihrer Mitbürger die Welt anders sehen als sie.

Paul Manafort ist bereits seit Ronald Reagans Wahlkampf in der Republikanischen Partei tätig. Er nutzte seine Verbindungen, um Lobbyarbeit für Regierungen im Ausland zu machen, von Nigeria über die Philippinen bis nach Kenia, von Rumänien bis in die Ukraine. Manafort wäre keiner ernsthaften juristischen Gefahr ausgesetzt, hätte er nicht diesen besonderen Job angenommen.

Uns wird erzählt, der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch sei «pro-russisch» gewesen, und da Manafort für ihn tätig war, sei dies ein Beweis für eine russische Einmischung in den Präsidentschaftswahlkampf 2016. Beide Aussagen sind falsch, aber niemand ausserhalb des kleinen Kreises von Leuten, die sich der Herkulesaufgabe stellen, sich über internationale Beziehungen zu informieren, weiss das.

Die Sache stinkt, wie man so schön sagt, zum Himmel. Manafort ist nur die erste Kerbe, die sich der ehemalige FBI-Direktor Robert Müller in sein Gewehr schnitzt. Er wird Trumps Kumpanen und Verwandten nachstellen, die in zwielichtigen Geschäften verwickelt waren, aber das wird nicht der Grund sein. Es gibt viele schmierige Lobbyisten und Geschäftsleute in den USA, aber keiner kümmert sich darum, bis zu dem Augenblick, in dem es politisch opportun wird, sie zu Fall zu bringen.

Das Recht auf freie Meinungsäusserung wird ausgehöhlt, die Linke verliert den Zugang zu den Medien und Staatsanwälte verfolgen Betrüger, jedoch nicht um dem Recht Genüge zu tun. Würde Putin versuchen, die USA zu Grunde zu richten, er könnte den Job nicht besser machen als die Medien, die korrupten Politiker und die verblendeten Liberalen, die alle zusammenarbeiten.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel «Putin, Trump and Manafort». Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrekturteam korrigiert.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-sache-stinkt-zum-himmel>

Grüne – Die Zerstörerpartei

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 29. November 2017

Das Elend der Grünen hat mehrere Gesichter. Lange schien Claudia Roth in dieser Kategorie unschlagbar zu sein. Heutzutage, wo Roth nur noch Horst Seehofer zum Entzücken bringt, macht ihr Katrin Göring-Eckardt ernsthaft Konkurrenz.

Der unaufhaltsame Aufstieg der abgebrochenen Theologiestudentin in die Grünen-Spitze ist fast noch erstaunlicher als der von Angela Merkel in der CDU. Denn im Gegensatz zu ihrem grossen Vorbild Merkel verfügt Göring-Eckardt nicht über deren Intelligenz. Im Gegenteil. Die Grüne fiel immer wieder mit strunzdummen Sprüchen auf. In einer Sendung des ARD-Morgenmagazins sagte KGE, wie sie der Kürze halber von den Grünen genannt wird, zum Thema Einwanderung im Oktober 2013: «Wir brauchen Migranten, die in unserem Sozialsystem zu Hause sind und sich darin auch zuhause fühlen können.» Wozu das Land allerdings Migranten brauchen soll, die lediglich Sozialhilfe empfangen, sagt sie nicht.

Als Merkel im September 2015 die Grenzen für eine beispiellose Masseneinwanderung öffnet, jubelt KGE: «Wir bekommen Menschen geschenkt!» Sie selbst wollte aber lieber keinen Menschen geschenkt bekommen. Das sollten andere übernehmen. KGE wörtlich: «Ich habe vorgeschlagen, dass, wer den Platz und die Zeit hat, eine freie Wohnung, eine leerstehende Einlieger- oder Ferienwohnung, freiwillig zur Verfügung stellen kann. Mir selbst ist das leider nicht möglich, da ich das nicht habe und es fehlt die Zeit zur Betreuung.» Keine Zeit hat sie offenbar auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir bis heute von vielen dieser Menschengeschenke immer noch nicht wissen, wer sie sind, woher sie kommen und was sie im Schilde führen.

Vom «stern» liess sich KGE ein Jahr vor der Wahl unwidersprochen als eine Politikerin porträtieren, die sich entscheiden muss, ob sie Vizekanzlerin einer rot-rot-grünen oder schwarz-grünen Regierung werden will.

Hochmut kommt immer vor dem Fall. Bekanntlich kam es anders. Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen, in deren Ergebnis KGE nicht Vizekanzlerin, aber immerhin etwas «mit Soziales» werden sollte, jammerte sie: «Eine Regierungsbeteiligung der Grünen hätte dazu geführt, dass es den Flüchtlingen in Deutschland besser gegangen wäre.» Wie es denen geht, die schon länger hier leben, ist ihr offenbar egal. Ihre Verachtung für ihre Thüringer Wähler, die bekanntlich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR leben, demonstrierte sie öffentlich, als sie die «Ossis» in einer Bundestagsrede als Migranten bezeichnete.

Einer der Höhepunkte der rhetorischen Ausfälligkeiten hat sich KGE, die sich immer noch nicht vom tiefen Fall aus dem Jamaika-Himmel erholt hat, auf dem kürzlichen Parteitag der Grünen geleistet. Hier hat sie sich wirklich dazu hinreissen lassen, in Bezug auf ihre künftige Oppositionsrolle zu sagen: «Wir wollen, dass in diesen vier Jahren jede Biene und jeder Schmetterling und jeder Vogel in diesem Land weiss: Wir werden uns weiter für sie einsetzen!»

Nun, die Vögel, die bereits den grünen Windrädern zum Opfer gefallen sind, werden diese frohe Botschaft nicht mehr vernehmen können. Die Windparks haben sich zum grössten Landschaftszerstörungsprojekt Deutschlands entwickelt. Es übertrifft sogar die Verheerungen, die vom Braunkohleabbau in der DDR angerichtet wurden. Von den Auswirkungen, die Windparks auf die Menschen in ihrer Umgebung haben, wird nicht nur bei den Grünen, sondern auch in den grün dominierten Medien geschwiegen.

Als sich die Grünen gegründet haben, war eine ihrer Galions-Figuren der Indianerhäuptling Seattle, der gesagt haben soll: «Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet Ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.» Heute machen die Grünen alles zu Geld, was subventioniert wird: Windräder, Solarpaneele, Dämmstoffe, Biosprit oder Li-Ionen-Akkus für Elektroautos, in denen jede Menge Kinderarbeit steckt.

Neben den Windparks tragen die immer grösser werdenden Monokulturen von «Energiepflanzen» wie Raps, Mais und Ölpalmen zum rapiden Artenrückgang bei. Heutzutage ist die Münchner Theresienwiese, die von den Münchnern Theresienwüste genannt wird, ein Paradies der Artenvielfalt gegenüber einem Energiepflanzenacker, mit denen die grüne Politik unser Land überzieht. Schmetterlinge, um die sich KGE sorgt, gibt es in den Agrarwüsten schon lange nicht mehr.

Einen grossen Vorteil hat KGEs Hinwendung zu Vögeln und Insekten: Die Fauna kann keine gebrochenen Versprechen einklagen. Sie stirbt weiter leise vor sich hin, während sich KGE über die von den Grünen über das Land verhängten Veränderungen freut. KGE hat sich vor ihrem erhofften Absprung in den Ministersessel vorsorglich zur Fraktionsvorsitzenden wählen lassen. Der Dienstwagen bleibt ihr erhalten. Der sei ihr herzlich gegönnt, wenn uns im Gegenzug zukünftig KGEs dümmliche Sentenzen erspart bleiben würden. Man wird ja noch mal träumen dürfen ...

Links: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Goering-Eckardt-ueber-den-Vorschlag-Fluechtlinge-privat-aufzunehmen-573312173>

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/11/29/gruene-die-zerstoererpartei/>

Indische Stahlsäulen, die nicht rosten: Relikte einer alten Hochzivilisation

aikos2309; Pravda-TV; Mi, 25 Okt 2017 16:29 UTC



Eine eiserne Säule, die der Wissenschaft Rätsel aufgibt, weil sie nicht rosten will, ist die ‹Ashoka-Säule›, auch ‹Säule des Mehaurali›, oder ‹Löwensäule› genannt, nahe bei Delhi. Sie weist eine Höhe von etwas über sieben Metern mit einem durchschnittlichen Durchmesser von 40 cm auf; ihr Gewicht beträgt etwa sechs Tonnen.

Der Name ‹Ashoka-Säule› ist mithin irreführend. Der legendäre Kaiser Ashoka Vardhana (etwa 273–232 v. Chr.) soll in seinem Reich zwar viele Säulen errichtet haben; an ihren Spitzen befanden sich, auf einem buddhistischen ‹Rad des Lebens› stehend, die Abbilder königlicher Löwen, welche die Grenzen seines Herrschaftsgebiets bewachten. Allerdings handelte es sich dabei um Stein- und nicht um Eisensäulen.

Das Exemplar in Delhi (bei Firozshah Kotla) wurde vermutlich unter König Chandragupta II. (etwa 376–415 n. Chr.) von Meerut nach Delhi geschafft, und unter Firuz Shah, 1309–1388 n. Chr. Sultan von Delhi, an seinem heutigen Standort (nahe dem Bara Hindu Rao Hospital) aufgestellt. Mit Kaiser Ashoka hat es jedenfalls nichts zu tun.

Im Hof der alten Moschee Quwwat-al-Islam in Delhi befindet sich eine weitere Eisensäule, Loha Kahmba genannt, die seit mindestens 1700 Jahren, ohne auch nur eine Spur von Rost zu zeigen, allen Witterungseinflüssen trotzt. An ihrer Basis hat sie einen Durchmesser von 40, oben von 30 Zentimetern. In der Spitze befindet sich sogar eine undefinierbare Vertiefung, in der sich Regenwasser sammeln kann, aber *auch hier finden sich keine Erosionsspuren*. Eine Inschrift auf dieser 6,60 m hohen Säule besagt, dass sie zur Erinnerung an den Sieg von König Chandra über seine Feinde (ca. 300 n. Chr.) errichtet wurde. Wie kommt es, dass das Metall trotz der hohen Luftfeuchtigkeit in Delhi keinerlei Ansätze von Korrosion zeigt?

Mit dieser Frage beschäftigte sich schon vor einigen Jahren der Paläo-SETI Forscher Walter-Jörg Langbein in seinem Buch ‹Götter aus dem Kosmos›.

«Wie wurde die Säule hergestellt?», fragt Langbein «Wurde sie in einem Stück gegossen? Oder hat man zunächst kleinere Eisenklumpen hergestellt und dann zusammengeschweisst? Es ist keine Technik bekannt, die diesen Vorgang vor rund 1700 Jahren hätte bewerkstelligen können: Gleichgültig, ob das Artefakt im ganzen oder stückweise produziert wurde.

Noch faszinierender ist aber die Frage, warum das Eisen der Säule nicht rostet. Vordergründige Erklärungen wurden gesucht und gefunden, die die Säule ihres Geheimnisses berauben sollen. Völlig falsch ist zum Beispiel die Behauptung, dass die Inder, die Tag für Tag die Säule ‹umarmen›, auch noch so kleine Rostspuren abreiben. Beim Berühren der Säule mit Armen und Händen wird sie mit Schweiß benetzt.

Dabei werden, was chemische Analysen ergeben haben, Harnsäure, Ammoniak, Fett- und Milchsäuren übertragen. Das sind Substanzen, die nicht konservieren, sondern den Vorgang des Rostens in starkem Masse fördern. Warum ist das Gegenteil der Fall?» (Prähistorischer Nuklearkrieg: Rama Empire versus Atlantis?)



Die sogenannte ‹Ashoka-Säule› bei Delhi (auch ‹Säule des Mehaurali› oder ‹Löwensäule›) gehört trotz ihres rötlichen Schimmers zu den nicht rostenden Stahlsäulen Indiens, die der modernen Wissenschaft Rätsel aufgeben

In seinem Buch präsentiert Langbein eine interessante These, wie es zum «Nirosta-Effekt» der seltsamen Eisensäule in Delhi kommen könnte. Dabei beruft sich der Autor auf die Forschungen des russischen Wissenschaftlers Dr. Rostislaw S. Furdui, der davon überzeugt ist, sie stelle einen klaren Beweis für eine weit fortgeschrittene Wissenschaft im alten Indien dar:

«Er verweist darauf, dass 1979 eine Gruppe sowjetischer Gelehrter (Barssukov, Nemoshkalenko und andere) ein besonderes Verfahren zum Patent anmeldeten. Proben von Mondgestein enthielten, wie sich bei Analysen im Labor ergab, winzige Eisenpartikelchen. Sie stammten von Meteoriten. Dieses Mondeisen rostet nicht – auch wenn es Feuchtigkeit ausgesetzt ist. [...] Die sowjetischen Gelehrten Barsukov und Nemoshkalenko sind der Ansicht, dass das Mondmetall dadurch extrem widerstandsfähig wurde, dass es über Millionen und Abermillionen von Jahren schutzlos der kosmischen Strahlung ausgesetzt war.»

Dr. Rostislaw S. Furdui: «Durch diese energetische Strahlung wurden jene Zentren im Metall, welche die Korrosion hervorrufen, zerstört. Das Mondeisen enthält gewisse Eigenschaften von Edelmetall.»

Langbein stellt dar, wie die Wissenschaftler ihre Vermutung im Labor überprüften:

«Sie legten ein poliertes Eisenplättchen in eine Hochvakuumkammer und gravierten mit gebündelten Elektronenstrahlen geometrische Figuren hinein. Anschliessend wurde das Plättchen wieder in normaler Atmosphäre dem Einfluss einer Säure ausgesetzt. Das Eisen wurde nun teils von der Säure beschädigt, zum Teil nicht. Eine genaue Untersuchung ergab, dass dort, wo Elektronenstrahlen auf das Metall eingewirkt hatten, keinerlei Säureschäden aufgefunden wurden.»

Nun warf Dr. Furdui die Frage auf, inwieweit «diese Erkenntnis auf die berühmte Eisensäule in Dehli übertragen werden könnte. Sie besteht nämlich keineswegs aus reinem Eisen, wie oft behauptet wird. Das geheimnisvolle Objekt enthält schwefel- und phosphorartige Beimengungen. Es wurde also aus Eisen von eher minderer Qualität gefertigt. Deshalb müsste es rosten. Sollten also den alten Indern vor mindestens 1700 Jahren Verfahren zur Verfügung gestanden haben, die das Artefakt gegen Rost resistent machten?

Örtlichen Überlieferungen zufolge ist dieses Wissen noch weitaus älter [...] Es kann ausgeschlossen werden, dass Wissenschaftler und Techniker des alten Indien mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Vakuumkammer herstellen konnten. Sie waren nicht dazu in der Lage, ein kleines Modell, geschweige denn ein Exemplar anzufertigen, das gross genug war, um die ganze Säule aufzunehmen.

Selbst wenn wir das Unmögliche unterstellen, ist keine Methode denkbar, nach der die irdischen Inder das Wunderwerk herstellen konnten. Selbst wenn sie dazu in der Lage gewesen sein sollten, kleinere Eisenteile in Apparaten bescheidener Grösse einem Vakuum auszusetzen, dann war das nicht genug!

Elektronenkanonen besaßen sie nämlich ganz sicher nicht. Aber selbst wenn sie, auf welche Art auch immer, einen Elektronenstrahl erzeugen und kleinere Mengen Eisens im Vakuum beschossen konnten: Wie wurden dann die kleineren Elemente zur Gesamtsäule zusammengefügt?

Heute könnte man sie verschweissen, würde dazu aber äusserst starke Fallhämmer benötigen, die den Indern vor 1700 Jahren nicht zur Verfügung gestanden haben dürften. Gelang es ihnen vielleicht, kleinere Mengen Eisens durch Bestrahlung – wie auch immer – resistent gegen Rost zu machen, um dann das Metall durch Hitze zum Schmelzen zu bringen und in eine Form zu giessen? Das ist theoretisch denkbar.

Praktisch wären aber die Inder vollkommen überfordert gewesen. Sie verfügten nur über kleine, höchst bescheidene Schmelzöfen. Sie konnten jeweils nur geringe Mengen flüssigen Eisens herstellen. Wie hielten sie dann das flüssige Eisen flüssig? Wie verhinderten sie, dass es erstarrte? Wie soll die Gussform ausgesehen haben? Zudem weist die Eisensäule keinerlei Spuren auf, die auf eine Gussform schliessen lassen könnten.»



*Die Loha Khamba, auch «Chandra-Säule» genannt, in Dehli.
Seit mindestens 1700 Jahren trotzt auch sie der Natur und weist praktisch keine Korrosions-Spuren auf.*

Dr. Furdus Hypothese dazu lautet: «Offensichtlich muss die Metallurgie damals ein Niveau erreicht haben, das unserem heutigen Wissen überlegen war.»

Langbein spekuliert weiter: «Wenn es ein solches Wissen gab, dann müsste es eine allmähliche Entwicklung gegeben haben: Von primitivsten Anfängen bis zur Perfektion. Bis heute wurden keinerlei schriftliche Aufzeichnungen gefunden, die das stete Anwachsen eines entsprechenden Wissens nachweisen konnten. [...]

Ein uns nach wie vor unbekanntes Verfahren wurde nicht nur bei der Wundersäule von Delhi eingesetzt, sondern beispielsweise beim Bau des indischen Tempels von Konarak. Da wurden – der sowjetische Historiker I. Mozhejko weist es nach – verschiedene «Eisenbalken» in die Gesamtkonstruktion integriert, die wie die Säule von Delhi aus nicht rostendem Eisen gefertigt wurden.»

Zum Alter dieser Eisenteile gibt es noch keine genauen Angaben: «Mehrere Balken grösseren Ausmasses kamen zum Vorschein, als die «Schwarze Pagode von Konarak» einstürzte. Mindestens 29 «Eisenbalken» wurden registriert. Die beiden längsten waren über zehn Meter lang. Errichtet wurde der Tempel vermutlich 1240. Das heisst aber nicht, dass die Eisenbalken damals entstanden sind. Sie können genauso gut aus einem älteren, zu dieser Zeit bereits baufälligen Tempelbau übernommen worden sein.»

Langbein zitiert dazu auch die bekannte Zeitschrift «Nature»: «Es erscheint wahrscheinlich, dass viele eiserne Objekte in Indien existieren, deren Herstellungsdatum nicht festgestellt werden kann. Sie können sehr wohl uralt sein.»

Sein persönliches Fazit zu den Betrachtungen der Chandra-Säule lautet jedenfalls: «Im alten Indien wurde eine geheimnisvolle Wissenschaft praktiziert, die vollkommen in Vergessenheit geraten ist.»

Handelt es sich bei den beschriebenen Metallobjekten – oder zumindest bei ihrem Material – womöglich um Hinterlassenschaften des sagenhaften Rama-Imperiums?

Quelle: <https://de.sott.net/article/31434-Indische-Stahlsaulen-die-nicht-rosten-Relikte-einer-alten-Hochzivilisation>

FIGU-Informationen hierzu

Auf der Erde gibt es eigentlich sehr wohl völlig ausreichende Beweise für uralte Hochkulturen. Was dabei beweismässig am längsten überdauert, sind allermeist Gebilde aus Stein. Dabei handelt es sich aber um bearbeitete Steine, die gewaltige Dimensionen aufweisen und die nur durch spezielle und hohe Techniken entstanden sein können, wie der Mensch sie heute nicht mehr kennt und nicht in der Lage ist, Steine und Metalle in dieser Weise zu bearbeiten oder zu erzeugen usw. Wie gesagt gehört auch Metall dazu, wie unter anderem die Eisensäule (Iron-Pillar) beim Kutab-Minar in Mahrauli/New Delhi in Indien, die seit Jahrtausenden an ihrem Platz steht und nicht rostet, obwohl diese Säule aus rund 96 Prozent reinem Eisen besteht. (Anmerkung: Die Eisensäule wird unter anderem auch in der Abenteuer-Trilogie und im «Globetrotter» von Billy erwähnt.)

(Quelle: http://www.figu.org/ch/files/downloads/bulletin/figu_bulletin_45.pdf)

Migrationsforscherin übt scharfe Kritik an Merkel und sagt: Familiennachzug fördert Parallelgesellschaften

Epoch Times; Aktualisiert: 28. November 2017 20:26

Die Migrationsforscherin und Soziologin Necla Kelek hat die SPD vehement davor gewarnt, den Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige wieder zuzulassen. «Der Familiennachzug fördert gerade Parallelgesellschaften und sendet zudem das falsche Signal an Menschen in ihren Heimatländern», sagte Kelek der «Welt» (Online-Ausgabe). Lieber sollte es keine Grosse Koalition geben, als eine, die unter einem solchen Zugeständnis zustande komme.

SPD-Vize Ralf Stegner hatte zuvor betont: Alle, die mit der SPD reden, müssten wissen, dass der Familiennachzug zu den «humanitären Verpflichtungen» gehöre, bei denen es keine Abstriche geben werde. Die türkischstämmige Kelek kritisierte das Beharren der linken Parteien auf den Familiennachzug. Ohne ihn sei Integration sinnlos, werde argumentiert. «Das Gegenteil ist der Fall. Familie heisst in orientalistisch-muslimischen Gesellschaften die Grossfamilie, die Sippe, die patriarchalisch organisiert ist. Mit dem Familiennachzug importieren wir ein islamisches Familiensystem, das erst zu Parallelgesellschaften und Integrationsproblemen führt», sagte sie. «Niemand braucht sich mehr anzupassen, man kann unter sich bleiben und Traditionen wie die Kinderehe, Frauenunterdrückung oder Gebärzwang weiterleben.»

Kelek kritisierte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) scharf. «Es geht beim Familiennachzug um die Flüchtlingspolitik insgesamt. Darum, dass die liberalen Kräfte in Deutschland durch die Grenzöffnung überstrapaziert worden sind. Es gibt einen Rechtsruck», sagte sie. «Es ist unglaublich, wie die Kanzlerin wegschaut, sich weigert, dem politischen Islam ins Auge zu sehen und die daraus folgenden Probleme nicht ernst nimmt.» Notwendig sei, die Flüchtlingspolitik endlich differenziert zu betrachten. «Wenn ich höre, wie die Kanzlerin sagte, wenn die ihren Koran so gut kennen, müssten wir auch unsere Bibel kennen. Das ist ein völlig falscher Vergleich. Damit wird eine Männerreligion legitimiert. Es geht beim Islam eben nicht nur um Spiritualität, sondern auch um eine Wertevermittlung hinein in die Gesellschaft. Die Kanzlerin unterstützt damit die Argumente der Linken und der Grünen. Durch diese Ignoranz ist das Flüchtlingsproblem entstanden.» (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/migrationsforscherin-uebt-scharfe-kritik-an-merkel-und-sagt-familien-nachzug-foerdert-parallelgesellschaften-a2279666.html?meistgelesen=1>

OB Mannheim: «Das Grundvertrauen, dass der Staat seine Bürger schützen kann, ist nicht mehr vorhanden»

By Gaby Kraal on 2. Dezember 2017

Oberbürgermeister stellt sich der Realität und fordert «die geschlossene Unterbringung für die beschriebene Klientel».

Die explodierenden Straftaten von Wirtschaftsmigranten und Glücksrittern aus Afrika hat Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz jetzt dazu bewogen, einen «Brandbrief» an das Innenministerium zu schreiben und fordert darin dringend zum Handeln auf.

Die Bevölkerung nehme es als «Staatsversagen» wahr, wenn die meist strafunmündigen Täter – deren Identität zudem oft unklar sei – nicht zur Rechenschaft gezogen werden könnten, so Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz. Seit Anbeginn der rechtswidrig geöffneten Grenzen auf Anordnung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, kämpft mit den Migrationswellen nordafrikanischer Einwanderer nicht nur die Stadt Mannheim vergebens dagegen an, seit Startschuss im Jahr 2015 für die Islamisierung und Zurückdrängung unserer Kultur in Deutschland und Europa, fallen insbesondere Gruppen z.B. aus Marokko durch eine «bislang nicht gekannte hohe kriminelle Energie» auf.



OB Kurz, Mannheim (dpa)

OB Kurz betont in seinem Dringlichkeits-Schreiben u.a. die hohe Strassenkriminalität, Sachbeschädigung und schwere Körperverletzungen, und Angriffe in «Einrichtungen».

«Bei dieser Personengruppe besteht keinerlei Mitwirkungsbereitschaft oder Interesse an Integration», empört sich Kurz. In seinem Brief fordert er Strobl auf, «kurzfristige Voraussetzungen zu schaffen, um eine geschlossene Unterbringung für die beschriebene Klientel realisieren zu können».

Der Brandbrief der auch der Deutschen Presse-Agentur seit dem 23. Oktober 2017 vorliegt, wurde jetzt auch der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

«Müssen wissen, wer im Land ist»

Der Innenminister sprach in einer ersten Reaktion, «es sei ein Thema, das ihn schon lange umtreibe». Es mache ihn «tief traurig und wütend», dass erst Verbrechen, wie der Mord an einer jungen Frau in Freiburg geschehen müssen, bevor sich «in bestimmten Kreisen» die Erkenntnis durchgesetzt habe, auch unbegleitete minderjährige Ausländer in den Blick zu nehmen, so Strobl am Freitag gegenüber den Medien. «Wir müssen wissen, wer im

Land ist ... Es ist absolut nicht zu akzeptieren, wenn Personen, die bei uns den Schutz unserer Gesellschaft erbitten, dann fortwährend gegen die Regeln unserer Gesellschaft verstossen.»



Thomas Strobl, Angela Merkel, Guido Wolf (CDU)

«Wir müssen wissen, wer im Land ist», das fällt den verantwortlichen Politikern erst nach rund 2 Jahren des Wahnsinns der Massenmigration auf, unzählige Tote, Sexualstraftaten, Körperverletzungen, Diebstahl, Raub, usw. in einem Ausmass, das sich in Zahlen kaum noch beziffern lässt. Ein Ausverkauf unserer Gesellschaft an Schwerstverbrecher, Berufskriminelle und nicht zu vergessen, Tausende von Terroristen, die auf ihre nächsten Opfer warten.»

Quelle: <https://schluesselkindblog.com/2017/12/02/ob-mannheim-das-grundvertrauen-dass-der-staat-seine-buerger-schuetzen-kann-ist-nicht-mehr-vorhanden/>

Amerikas erbärmliches Gefängnis in Kuba

William J. Astore erschienen am 4. Dezember 2017 auf > Bracing Views > Artikel und auf > Antiwar.com

Die US-Regierung hält immer noch 41 Gefangene im Gefangenenlager Guantánamo Bay in Kuba fest. Unglaublich, dass einige dieser sogenannten fremden feindlichen Kämpfer bis zu 15 Jahre lang ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert waren, ohne dass ihnen ein Verbrechen zur Last gelegt wurde. Wie ist das in einer Demokratie möglich? Was sagt das über unser Land aus?

Ich besitze zufällig eine alte Karte von Kuba aus dem Jahr 1897, die Guantánamo Bay zeigt, das sich an der südöstlichen Küste Kubas befindet.

Wer hätte voraussehen können, dass das, was unsere Regierung 1903 in einem imperialen Landraub als Basis von Kuba «pachtete», ein Jahrhundert später zum Ort eines abscheulichen Gefängnisses für muslimische Männer werden würde, die in einem «globalen Krieg gegen den Terror» hauptsächlich aus Zentralasien entführt wurden?

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 benötigte die US-Regierung einen Ort, an den sie Gefangene schicken konnte, die in der chaotischen Razzia in der Anfangsphase des Krieges als Verdächtige eingesammelt wurden. Unter anderem wählten sie den US-Marinestützpunkt in Guantánamo, der als «sicherer» Ort galt, der sowohl isoliert ist als auch nicht in den USA liegt und weit weg von den Medien. Was als Notlösung, als vorübergehendes Verwahrungslager gedacht war, wurde zum Dauerzustand. Präsident Obama hat geschworen, es zu schliessen und ist gescheitert; Präsident Trump hat geschworen, es mit neuen Chargen von Gefangenen zu erweitern.

In einem bemerkenswerten Artikel auf TomDispatch.com erinnert uns Erin Thompson daran, dass die Gefangenen in Guantánamo Menschen sind. Sie tat (und tut) dies, indem sie ihre Kunstwerke kuratierte und ausstellte. Ihre Gemälde, Schiffsmodelle und andere Kreationen erinnern uns daran, dass sie existieren, dass sie schaffen, dass sie hoffen, dass sie träumen. Die US-Regierung hat darauf mit der Geltendmachung von Eigentumsrechten an ihrer Kunst reagiert.

Amerikas Gefängnis in Guantánamo Bay war ein spektakulärer Fehlschlag. Allein seine Existenz bedeutet einen riesigen Propagandasieg für Terroristen und Möchtegern-Terroristen überall. Es ist ein Schandfleck für unsere Demokratie (was davon übrig ist). In den Augen eines Grossteils der Welt offenbart sie die USA selbst als Terrorist.

Die Langlebigkeit dieses Gefängnisses zeigt, dass Amerika seinen eigenen «Krieg gegen den Terror» verliert: Unserer Regierung fehlt der Mut, diese Männer vor Gericht zu stellen, weil sie befürchtet, dass einige freigelassen werden könnten und vielleicht zukünftige Angriffe anführen, trotz eines nationalen Sicherheitskomplexes, der

etwa drei Viertel einer Billion Dollar ausgibt, um solche Angriffe vorherzusagen und zu verhindern. Shakespeare lässt Julius Caesar sagen: «Feiglinge sterben tausend Tode, ein Held stirbt nur einmal.» Indem wir dieses Gefängnis offen halten und uns weigern, seine Bewohner dem Recht entsprechend zu behandeln aus Angst vor dem, was sie tun könnten, wenn sie freigelassen werden, sterben wir tausend Tode.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2017_12_05_amerikas.htm

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telefon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz